Nr. 467 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 233

Morgenausgabe

5000000 M.

Bezugspreis:
Vom 7.—13. Oktober 42 Millionen M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 7.—13. Oktober für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich u. Luxemburg 69 Millionen für das übrige Ausland 92 Millionen Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigen-Grundpreise:
Die einspaltige Nonpareillezeile 400 Mark. Reklamezeile 2000 Mark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 120 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 M. Stellengesuche das erste Wort 60 M., jedes weitere Wort 50 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 M.
Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl zurzeit 100 000.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Sonnabend, den 6. Oktober 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Verhandlungen in der Reichskanzlei.

Arbeitszeitgesetz und Regierungsfrage.

Die bürgerlichen Parteien haben dem Verlangen der Sozialdemokratie, daß die Arbeitszeitfrage auf dem normalen gesetzlichen Wege geregelt werde, nachgegeben. Ueber die Grundlagen der gesetzlichen Regelung begannen gestern abend in der Reichskanzlei Beratungen, die sich schwierig gestalteten und in später Nachtstunde noch nicht abgeschlossen waren.

*

Nachdem in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag der Versuch Stresemanns, ein Kabinett außerhalb der Parteien zu bilden, zusammengebrochen war, setzten die Bestrebungen des Zentrums und der Demokraten, eine Wiederherstellung der Regierung auf alter Grundlage herbeizuführen, verstärkt ein. Diese Bestrebungen wurden von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht gerade hoffnungsfroh aufgenommen, nach dem eben Erlebten war, wie schon gestern gesagt, für die Wiederaufnahme des gescheiterten Experiments sehr wenig Stimmung vorhanden.

Im Laufe des Tages bildete sich jedoch eine neue Lage heraus. Zunächst ergab sich, daß die bürgerlichen Parteien in der Frage, an der sich der Streit entzündet hatte, zum Nachgeben bereit waren. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hatte am Mittwoch in wiederholter Abstimmung beschlossen, aus dem geplanten Ermächtigungsgesetz die Materien der Sozialpolitik, insbesondere der Arbeitszeit, auszuschließen. Sie verlangte, daß diese Dinge auf dem normalen Weg der Gesetzgebung geregelt werden sollten. Da hierüber keine Einigung zu erzielen war, kam es zur Demission des Kabinetts. Im Laufe des gestrigen Tages nun erklärten sich die bürgerlichen Parteien zur Regelung auf dem normalen Weg der Gesetzgebung bereit. Hätten sie diese Bereitschaft schon 36 Stunden früher erklärt, so wäre die Demission nicht erfolgt.

Nun verlangte der Arbeitsminister Dr. Brauns, daß man sich auch über die Grundlage einigen möge, auf der die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit ausgeführt werden sollte, und er schlug als solche die bekannte Formulierung vor, die von der sozialdemokratischen Fraktion am Mittwoch abgelehnt worden war. Die Fraktion beschloß in ihrer gestrigen Abendsitzung, eine andere Formulierung vorzuschlagen, sie erklärte sich außerdem, einem demokratischen Vorschlag folgend, bereit, die Note vom 13. November v. J. zur Grundlage zu nehmen. Sodann begaben sich je ein sozialpolitischer Fachmann der drei Mittelparteien und die Genossen Wissell und Jaschek in die Reichskanzlei, um dort über die Formulierung weiter zu verhandeln. Es war vorgesehen, daß um 11 Uhr nachts die Fraktionsvorsitzenden, für die Sozialdemokraten Genosse Hermann Müller, hinzukommen und Mitteilung machen sollten, ob sie bereit wären, in ihren Fraktionen für die etwa gefundene Fassung einzutreten. Am Vormittag sollen dann die Fraktionen Stellung nehmen, die sozialdemokratische ist für 9 Uhr früh einberufen, gleichzeitig tritt auch der vom Parteivorstand herbeigeholte Parteiausschuß zusammen.

Parteipolitisch hat sich die Lage folgendermaßen gestaltet: Zentrum und Demokraten haben die stärkste Abneigung gegen den Plan zu erkennen gegeben, mit den Deutschnationalen zusammen ein Kabinett zu bilden. Diese Abneigung wird auch von einem großen Teil der Volkspartei geteilt. Die Lage in der Volkspartei ist so, daß man jeden Augenblick mit dem Eintritt einer Spaltung rechnet, der koalitionsfreundliche Teil der Partei befindet sich in Auflehnung gegen den schwerindustriellen Flügel, dessen Intrigen er sich nicht mehr gefallen lassen will. Die Erbitterung ist noch gesteigert worden durch die Aufdeckung gewisser Pläne, die im Kreise derer um Stinnes angezettelt wurden, und die auch nicht mehr und nicht weniger als auf die Errichtung einer verfassungswidrigen „nationalen Diktatur" hinauslaufen. Erfolgt die Reinigung der Volkspartei von jenen dunklen Elementen, so wird sich eine starke Annäherung an die Demokratische Partei vollziehen, man sprach sogar im Reichstag von einer bevorstehenden Vereinigung der beiden Parteien.

Gegen den Vorstoß der Stinnesleute, hinter denen die Deutschnationalen und schließlich die rechtsradikalen Putschisten standen, hatte also eine lebhafte Gegenoffensive aus dem Lager der bürgerlichen Mittelparteien eingesetzt. Sie wurde zweifellos auch durch Nachrichten über gegenrevolutionäre Vorbereitungen beeinflußt, die den ungeheuren Ernst der Lage erkennen ließen. Der Küstriner Putsch war glatt erledigt, man fragte sich aber, ob eine Regierung ohne Sozialdemokraten gegen ähnliche Unternehmungen mit der gleichen Energie und dem gleichen Erfolg würde vorgehen können.

Die Vorgänge in den bürgerlichen Parteien, besonders ihre Bereitwilligkeit, die Arbeitszeitfrage entsprechend dem sozialdemokratischen Wunsch durch den Reichstag entscheiden zu lassen, waren geeignet, den Unmut der Sozialdemokraten über die Vorgänge der letzten Tage zu dämpfen. Die Partei hatte gezeigt, daß sie es den Vertretern des kapitalistischen Klassenegoismus nicht gestattet, mit den Arbeiterinteressen Schindluder zu treiben, und die bürgerlichen Parteien hatten angesichts des großen Scherbenhaufens, an dem sie ratlos standen, begriffen, daß die Sozialdemokratie nicht mit sich spielen ließ. Gelang es, den schwerindustriellen Vorstoß abzufangen, so war wenigstens zunächst der Plan der Gegenrevolution durchkreuzt, und die Sozialdemokratie konnte mit verstärktem Ansehen und vermehrten Einflußmöglichkeiten in die Koalition zurückkehren. Die Hoffnung, daß die Rettung des Reichs vor der Katastrophe vielleicht doch noch möglich sei, begann wieder aufzukeimen.

So kam die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu dem Entschluß, dem Wunsch der Demokraten und des Zentrums folgend, dennoch in neue Verhandlungen einzutreten. Ob sie zu einer Einigung führen werden, müssen die nächsten Stunden zeigen. Wir erwarten, daß die Partei in der Vertretung der ihr anvertrauten Interessen der Arbeitnehmer fest bleibt und daß sie sich nicht zu Zugeständnissen an den Herrenwillen eines in seinen letzten Zielen enthüllten Scharfmachertums drängen läßt. Denn solche Zugeständnisse wären auch mit der bedrängten Lage des Reichs nicht zu rechtfertigen. Daß die Partei bereit ist, sachliche Fragen sachlich zu regeln und wirtschaftlichen Interessen der Allgemeinheit Rechnung zu tragen, hat sie durch ihre ganze bisherige Haltung bewiesen.

Es sind Entscheidungen von geschichtlicher Tragweite, die im Lauf des heutigen Tages fallen . . .

Internationale und Ruhrfrage.

Das internationale Sozialistische Bureau und das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes hielten am 3. und 4. Oktober im Volkshaus zu Brüssel gemeinsame Sitzungen ab, um die durch die jüngsten Ereignisse geschaffene internationale Lage zu besprechen.

Auf Antrag der Delegationen von Frankreich und Belgien nahm die Konferenz einstimmig die folgende Resolution an:

1. In ihrem beharrlichen Bestreben, einen sicheren und dauerhaften Frieden in Europa herbeizuführen, haben die gewerkschaftlichen Organisationen des Proletariats sich von Anfang an bemüht, eine gerechte und wirksame Lösung des Reparationsproblems zu finden. Die englischen, französischen und belgischen Arbeiter sind in dieser Frage zu einer vollständigen Einigung mit den deutschen Arbeitern gelangt. Namentlich die Resolutionen von Amsterdam und Frankfurt haben dieser Verständigung eine präzise Form gegeben und der Wert dieses Entwurfs ist erwiesen durch die Tatsache, daß sich eine immer größere Einstimmigkeit nicht nur unter Leuten guten Willens aller Kreise und aller Länder, sondern auch der offiziellen Regierungen der interalliierten Regierungskonferenzen zugunsten aller wesentlichen Bestimmungen dieses Entwurfs kundgibt.

Die Konferenz erinnert daran, daß dieser Entwurf namentlich vorsieht:

a) die Verpflichtung Deutschlands, die zerstörten Gebiete im vollen Maße seiner Leistungsfähigkeit wieder aufzubauen, wobei diese Leistungsfähigkeit durch eine unparteiische Autorität zu bestimmen wäre;

b) die Streichung der Lasten, die Deutschland im Widerspruch mit den gegenseitig als Grundlage des Waffenstillstandes akzeptierten 14 Punkten des Präsidenten Wilson zur Deckung der Militärpensionen auferlegt wurden;

c) die allgemeine Streichung der interalliierten Kriegsschulden;

d) die Einführung des Systems der Reparationen durch Natural- und Arbeitsleistungen innerhalb der Grenzen seiner Leistungsmöglichkeit;

e) die Emission internationaler Anleihen zum Zwecke der schnellen Leistung der Reparationen und der Umwandlung der Schuld Deutschlands gegenüber den alliierten Ländern in eine gewöhnliche Schuld ohne politischen Charakter.

2. Die beteiligten Staaten haben sich jedoch nicht dieser Politik des Friedens und des wahren Wiederaufbaues zugewendet. Während die Arbeiter sich untereinander verständigten, weigerten sich die Regierungen zu einer gegenseitigen Verständigung zu gelangen. Nicht einmal die Vertreter der alliierten Mächte können sich darüber einigen, was von Deutschland gefordert werden soll, und ihr Streit verschärft noch die ohnehin schon so gefährliche Lage Europas.

Endlich sind die

Regierungen Frankreichs und Belgiens, entgegen allem Völkerrecht, zur Anwendung der brutalen Gewalt, zu einem förmlichen Kriegsakt geschritten,

indem sie unter dem Vorwand einer Verfehlung von untergeordneter Bedeutung durch ihre Truppen das Ruhrgebiet besetzen ließen, mehr als hunderttausend Proletarier aus ihren Heimstätten vertrieben, die elementarsten Bürgerrechte unterdrückten, Deutschland in brutaler Weise von seinem wichtigsten Wirtschaftsgebiet trennten, das ökonomische Chaos, Elend, Not und die furchtbarste soziale Desorganisation heraufbeschworen.

3. Die Arbeiter Frankreichs und Belgiens haben im Einvernehmen mit allen Organisationen der politischen und gewerkschaftlichen Internationalen niemals aufgehört, mit aller Energie gegen dieses Attentat auf das Völkerrecht und auf die elementarsten Rechte der Arbeiterklasse zu protestieren. Sie haben nicht aufgehört, die öffentliche Meinung zu warnen, daß

diese schlechte Tat zugleich auch ein schlechtes Geschäft

sein würde. Die Resultate zeigen, bis zu welchem Grade sie recht hatten.

Die Politik Poincarés, mit der die Politik der belgischen Regierung Hand in Hand geht, hat keine Reparationen zutage gefördert. Die „produktiven Pfänder" haben sich als unfruchtbar erwiesen. Die Gewalt hat, wie immer, nichts als Unglück erzeugt. Das Elend in Deutschland hat die Möglichkeit einer Lösung in weite Ferne gerückt und verschärft in der ganzen Welt die ökonomischen Schwierigkeiten. Die

politische Krise Deutschlands und das Chaos, von dem es bedroht ist, ist eine Gefahr für ganz Europa.

Noch niemals standen wir einer so furchtbaren Krise gegenüber. Die ganze Kultur des Westens ist in Gefahr.

4. Die Arbeiterorganisationen warnen das Proletariat aller Länder vor diesen Gefahren. Sie erinnern daran, daß die Gewalt immer wieder die Gewalt erzeugt und daß sie, wenn sie es zulassen, daß dem deutschen Proletariat Gewalt angetan wird, ihrerseits Gefahr laufen, die Opfer nicht nur eines Krieges nach außen, sondern auch der brutalen Diktatur des Faschismus im Innern zu werden.

Sie rufen sie auf, ihre Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und einer internationalen Verständigung zu verdoppeln und richten an Amerika den dringenden Appell, seinen vollen Anteil zu nehmen an den Versuchen der Herstellung des Friedens und des finanziellen und ökonomischen Wiederaufbaues der Welt.

*

Die

Arbeiterorganisationen verurteilen auf das schärfste die Politik Poincarés

und aller jener, die nach der Aufhebung des passiven Widerstandes auf die politische Zertrümmerung Deutschlands und seine ökonomische Vernichtung spekulieren und die Eröffnung von Verhandlungen von immer neuen und immer schärferen Bedingungen abhängig zu machen.

Sie rufen das Weltproletariat in diesem kritischen Moment zur höchsten Wachsamkeit und fordern es auf, sich für folgende unmittelbar dringende Notwendigkeiten einzusetzen:

1. **Die Sicherung der Rückkehr der Ausgewiesenen aus der Ruhr und die Amnestie für alle, die deshalb verurteilt wurden, weil sie sich geweigert haben, die Befehle der Besatzungsbehörde durchzuführen.**

2. **Die Wiederherstellung ungehemmter Verbindung zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet Deutschlands.**

3. **Die Zurücknahme der den deutschen Beamten auferlegten Verpflichtung, den Besatzungsbehörden den Treueid zu leisten — eine Verpflichtung, gegen die die Bevölkerung der während des Krieges besetzten Gebiete den energischsten und berechtigsten Protest erhoben hat.**

4. **Die sofortige Aufnahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den alliierten Mächten ohne irgendwelche neuen Bedingungen.**

Heute Reichstagssitzung?

Für den Fall, daß die Einigung gelingt, ist für heute 2 Uhr nachmittags eine Reichstagssitzung angesetzt. Der Reichskanzler soll seine Erklärung abgeben, die man wahrscheinlich am Sonntag besprechen wird, um dann für einige Zeit die Plenarberatungen auszusetzen.

Die Note vom 13. November 1922.

Bei den Beratungen des gestrigen Tages spielte die den Achtstundentag betreffende Stelle der Note vom 13. November 1922 eine wesentliche Rolle. Es ist daher von Bedeutung, einmal den genauen Wortlaut dieses Passus, ferner aber auch die Entstehungsgeschichte dieser Note in Erinnerung zu bringen.

Die damalige Reichsregierung (Wirth-Bauer) war im Herbst 1922 von der Reparationskommission in dringlichster Form aufgefordert worden, Vorschläge über die Gesundung der deutschen Finanzen und der deutschen Wirtschaft zu unterbreiten. Als Ergebnis langwieriger Unterhandlungen der Reichsregierung teils mit der Reparationskommission selber — die unter Führung Barthous nach Berlin gekommen war —, teils mit internationalen Finanzsachverständigen — Keynes, Bissering, Brandt, Dubois usw. —, teils mit den Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden, teils mit den politischen Parteien, war eine Note zustandegekommen und am 13. November nach Paris abgeschickt worden, die unter anderen Vorschlägen folgende Stelle enthielt:

10. Deutschland wird alle erforderlichen und geeigneten Maßnahmen ergreifen, um insbesondere durch Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit zu einer Steigerung der Produktion und damit zu einem Ausgleich der Handelsbilanz zu gelangen.

Zu diesem Zwecke wird insbesondere eine Neuregelung des Arbeitszeitrechtes unter Festhaltung des Achtstundentages als Normalarbeitstag und unter Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen auf tariflichem oder behördlichem Wege zur Behebung der Notlage der deutschen Wirtschaft in die Wege geleitet, alle Maßnahmen zur Heranbildung von Qualitätsarbeitern gefördert, Luxusverbrauch und Luxuseinfuhr gehemmt und der Alkoholverbrauch beschränkt werden.

Unmittelbar nach der Absendung dieser Note brach jene Regierungskrise aus, die zum Rücktritt des Kabinetts Wirth führte.

Der gesetzliche Weg.

Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns sendet uns folgendes Schreiben:

Der „Vorwärts" (Nr. 232 vom 5. Oktober 1923) nimmt in seinem Leitartikel „Das zweite Kabinett Stresemann" Bezug auf eine Mitteilung der „Germania", wonach „gerade in der Arbeitszeitfrage das Zentrum den Sozialdemokraten dadurch die Situation hat erleichtern wollen, daß es der Regelung dieser Angelegenheit auf dem gesetzmäßigen Wege zustimme" und fährt dann fort: „Das mag richtig sein. Aber ebenso richtig ist, daß der dem Zentrum angehörende Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in der Kabinettssitzung diesen Ausweg die Zustimmung versagte und dadurch erst die letzte Entscheidung herbeigeführt hat."

Diese Darstellung ist falsch. Ich habe in allen in Betracht kommenden Kabinettssitzungen diesem Ausweg zugestimmt. Bei der ersten Behandlung dieser Eventualität im Kabinett habe ich lediglich meiner persönlichen Meinung darüber Ausdruck gegeben, daß dann aber auch die Sozialdemokratie mit den übrigen Parteien der Koalition das Gesetz zusammen machen müsse und die Verantwortung für das Gesetz nicht den übrigen Parteien allein zuschieben dürfe. Das habe ich betont gegenüber dem von sozialdemokratischer Seite ausgesprochenen Willen, bei der Beratung des Gesetzes und im Verlauf der Abstimmung über die einzelnen Paragraphen abweichende Anträge einzubringen und für diese zu stimmen.

In einer nachfolgenden Sitzung meiner Fraktion beschränkte diese meine Stellungnahme dahin, daß es genüge, wenn die sozialdemokratische Partei in der Schlußabstimmung dem Gesetz ihre Zustimmung zu geben bereit sei. Ich habe mich diesem Standpunkt meiner Fraktion angeschlossen und in der letzten Kabinettssitzung nochmals die Möglichkeit, die Arbeitszeitfrage gesetzlich zu regeln, und zwar mit der Sozialdemokratie zusammen, betont und befürwortet."

Stinnes verläßt die Volkspartei?

Der Vorstoß des schwerindustriellen Flügels der Volkspartei gegen ihren Parteiführer Ministerpräsidenten Stresemann scheint nicht ohne Folgen zu bleiben. Wie es in der Abendpresse heißt, ist ein Ausscheiden dieses rechten Flügels aus der Volkspartei zu erwarten. In der Tat wäre es nicht zu verstehen, wenn Leute wie Stinnes, Maretzki und Quaatz, die ihre eigene Partei aufs äußerste kompromittiert und Deutschland eine beispiellose Krise beschert haben, noch weiter in ihrem bisherigen engen politischen Wirkungsfeld blieben. Man kann dem „8-Uhr-Abendblatt" nur recht geben, wenn es ohne derartige Veränderungen eine Gesundung der politischen Verhältnisse kaum für möglich hält. Die Empörung gegen den skrupellosen Vorstoß der Stinnes-Clique ist allgemein. Am schärfsten kennzeichnet die „Germania" dieses Treiben, indem sie schreibt:

„Die Rechtsschwenkung der Volkspartei war nicht improvisiert, entsprang nicht nur der Angst dieser Partei vor dem Verlust phrasengewohnter Wähler an die Deutschnationalen. Die Rechtsschwenkung stand auf dem Programm der Leute, die in Deutschland mächtiger sind als Parteien, Verfassung und Reich, und deren Macht man sich gern gefallen ließe, wenn sie Deutschland aus dem Elend helfen könnte. Das kann sie aber nicht; bisher wenigstens hat diese Macht zwar jede Regierung und mit ihr das Reich hemmen und schwächen können, aber in ihrer anonymen Stärke war nichts Positives für die Gesamtheit enthalten. Weil diese Macht ein Kind der Inflation ist, der typischen Nachkriegskrise, so wird man von ihr, einem Symptom des deutschen Niedergangs, nicht die Beendigung des Niedergangs erwarten können. Aber es ist zu wünschen, daß die anonyme Macht, wenn sie sich heute stark genug fühlt, die bisherige staatliche Vertretung zu beseitigen, nicht mehr durch Mittelsmänner, sondern offiziell ihre politische Arbeit leiste. Wie es dabei auch kommen mag, das eine wäre dann gewonnen: Reinlichkeit der öffentlichen Diskussion und des öffentlichen Lebens. Wenige in Deutschland haben sich für die Einzelheiten des parlamentarischen Geschiebes interessiert, das nun seit Montag dauert; noch weniger Menschen aber sahen hinein in die letzten Antriebe der Krise oder hatten das Ahnungsvermögen, um den eigentlichen Machtkampf zu erkennen, der unter der Flagge „Produktionssteigerung" und „Gegen den Marxismus" unternommen wurde. Wenn jetzt von den Leuten der Parlamentarismus totgesagt wird, so ist das nichts anderes, als wenn ein Mörder versichert, sein Opfer werde nicht mehr lange leben."

Diesen Verhältnissen gegenüber erklärt das Zentrumsorgan:

„Die Deutsche Volkspartei, so wie sie heute ist, ist zu jeder politischen Arbeit unfähig. Es wäre eine staatspolitische Tat, wenn es gelingen sollte, das vollständig auf dem Trockenen liegende Schiff der Deutschen Volkspartei wieder flottzumachen. Selbst wenn dabei einige Mann über Bord gehen, wird sich der Kapitän hoffentlich doch sagen, daß ein Schiff mit weniger, dafür aber zum einheitlichen Handeln entschlossener Mannschaft besser ist als ein elendes Wrack, das im stürmischen Meer steuerlos dahintreibt."

Die Ergebnisse des letzten Tages haben gezeigt, daß die Volkspartei nicht gewillt ist, sich vom Stinnes-Flügel das Gesetz des Handelns diktieren zu lassen, es wird nötig sein, daß sie sich gänzlich von Einflüssen befreit, die einem gesunden Zusammenarbeiten entgegenstehen.

*

Die Deutschnationale Volkspartei, die noch vorgestern den Eintritt in ein rein bürgerliches Kabinett mit einer wegwerfenden Handbewegung ablat, ist über die Wendung der Dinge äußerst bestürzt. So heißt es in der „Kreuzzeitung":

„Herr Dr. Gustav Stresemann will also tatsächlich die alte Koalition wieder leimen und ein Kabinett der bisherigen Koalitionsparteien — sei es mit den alten oder anderen Männern — bilden. Was das bedeutet, wird klar, wenn man sich der jüngsten Vorgänge erinnert. Es muß nicht nur der Bruch zwischen Deutscher Volkspartei und Sozialdemokratie überbrückt, sondern auch der Sozialdemokratie bezüglich der Vorkriegsarbeitszeit nachgegeben werden. Die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft — Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokratie — ist schon eifrig an der Arbeit, Ermächtigungsgesetz und Arbeitszeitgesetz so zuzurichten, daß sie der Sozialdemokratie annehmbar erscheinen. Ob sich die Sozialdemokratie damit begnügen wird, erscheint zum mindesten zweifelhaft. Jetzt, wo Dr. Stresemann wieder zurückgekehrt ist, wird sie wohl auch eine Art Genugtuung für das Auftreten des rechten Flügels der Deutschen Volkspartei fordern, der es wagte, sich gegen marxistische Theorien aufzulehnen."

Diese Zeilen lassen deutlich erkennen, wie sehr die Deutschnationalen bei ihrem Intrigenspiel für die Faschistendiktatur mit der Auflösung der großen Koalition gerechnet hatten. Sie wissen, daß an ein deutschnationales Knutenregiment nicht zu denken ist, solange die Koalition im Reich und in Preußen besteht und sehen deshalb in einer Beilegung der Krise eine verlorene Schlacht.

Ein falscher Verdacht.

Dr. Geßler will nicht nur parlamentarisch regieren.

Mehrere Abendblätter behaupten, das Projekt eines überparteilichen Kabinetts sei endgültig zunichte geworden durch die Stellungnahme des Reichswehrministers Dr. Geßler, der in einer Unterredung, die er mit dem Reichskanzler gestern in später Abendstunde gehabt habe, ausdrücklich den Eintritt in eine nicht auf breiter parlamentarischer Basis beruhende Regierung abgelehnt habe.

Der Reichswehrminister Dr. Geßler hält es für nötig, durch WTB. erklären zu lassen, daß an dieser Unterstellung kein wahres Wort ist und daß er sich niemals und in keiner Weise in die Kabinettsbildung eingemischt habe.

Dr. Geßler ist demnach sehr empfindlich, wenn er die Möglichkeit, daß er nur einer parlamentarischen Regierung angehören wolle, schon für eine Unterstellung hält, gegen die er den amtlichen Dementierapparat in Bewegung setzt. Für einen Demokraten wäre es doch eigentlich selbstverständlich, daß er nur parlamentarisch regiere. Jedoch, heute . . .!

Eisenbahnregie und Diensteid.

Amtlich wird gemeldet: Den Erklärungen der Agentur Havas, daß von den im besetzten Gebiet wieder einzusetzenden deutschen Eisenbahnen die Ablegung eines Treueides nicht verlangt werde, stehen die Bekanntmachungen der französischen Eisenbahnregie selbst gegenüber, die von dem deutschen Eisenbahner vor seiner Dienstaufnahme wörtlich verlangen, daß „er sich verpflichtet und durch den Diensteid beschwört, den alliierten Zivil- und Militärbehörden, insbesondere der Regie, in jeder Weise mit Eifer und Ergebenheit zu dienen." Welche der beiden Lesarten richtig ist, wird festzustellen sein.

Auch wir halten eine Klarstellung der Angelegenheit für dringend erforderlich, da die Wiederaufnahme eines geordneten Eisenbahnverkehrs Voraussetzung für die Produktionsregelung in dem besetzten Gebiete ist. Das Verhalten der französischen Behörden ist nur zu oft zweideutig. So weigert man sich, mit den Gewerkschaften und Beamtenverbänden über die Arbeitsaufnahme zu verhandeln und weist die Eisenbahner an, sich direkt an die Eisenbahnregie zu wenden. Derartige Bestimmungen müssen nach jeder Richtung hin verwirrend wirken.

Die Deutschnationale Volkspartei veröffentlicht schon wieder einmal einen Aufruf in den üblichen Tönen: „Schluß mit der Koalitionspolitik, grundsätzlicher Wechsel der Politik, starke Führung, Sammlung um die „nationale Fahne" wird verlangt. Wir glauben, daß es von den vielen Aufrufen auch nicht besser wird. Da ist doch der Herr Kahr zu loben, der wenigstens verordnet, daß das Bier nicht teurer wird.

Der Kampf der Falter.

Im Hochbahnwagen. Furchtbares Gedränge. Der berühmte Apfel hätte nicht zur Erde kommen können. Der Zug jagte von Bahnhof zu Bahnhof. Für uns aber schlich er viel zu langsam dahin. Eine solche Fahrt ist nicht anregend. Abgesehen von etlichem Geschimpfe erlebt man selten etwas. Diesmal aber wurde ich zum Zeugen einer Tragödie. In einer jener Glasglocken, die die elektrischen Lampen umhüllen, hatten sich vier Nachtfalter gefangen. Einer von ihnen lag regungslos am Boden. Die anderen reckten ihre Flügel, um der Hölle zu entrinnen. Bald war der eine, bald der andere oben. Immer wieder fielen sie zurück. Dann begann der Kampf von neuem und immer erfolglos. Das Glas der Glocke, zu glatt und zu steil, erlaubte keinen Aufstieg. Der Luftraum, viel zu gering, machte die Arbeit der Flügel zunichte. Nur Hilfe von außen hätte den Kampf beenden, die Gefangenen retten können.

„Tadellose Ungezieferfalle", sagte jemand neben mir und lachte.

„Warum lachen Sie, mein Herr? Sind wir nicht in der gleichen Lage. In Deutschland ist bald die eine, bald die andere Partei oben und die anderen Völker sehen diesem Verzweiflungskampf genau so aufmerksam zu, wie wir diesem Kampf der Falter. Niemand wird diesen Nachtschwärmern helfen, weil es keinen Vorteil bringt, niemand wird uns helfen, weil keiner weiß, wer davon den Vorteil haben wird. Es ist eine verzweifelt ähnliche Lage. Die Menschen können nicht los von der Erde. Alle sind sie auf ihr so gefangen, wie die Falter in der Glocke. Gäbe es die Möglichkeit, eine andere und bessere Welt im All zu erreichen, strebten Millionen dorthin. Wahrscheinlich genügte es diesen auch dort nicht mehr und sie suchten wieder neue Ziele. Es gibt Menschen, die sich immer eingeengt fühlen. Wie viele Menschen erstreben hohe, sehr ideale Ziele! Aber alle sind sie Kinder der alten Zeit und so ihre Gefangenen. Sie alle sehen wie diese Falter das Licht, aber sie sind ohne Kraft, sie können nicht frei kommen."

Der Zug stand. Erlöst strömten die Menschen dem Ausgang zu. Einer suchte vor dem anderen durch die Sperre zu drängen. Schließlich kamen sie alle durch. Jemand tippte mir auf die Schulter. Es war der Mann, der auch den Kampf der Falter betrachtet hatte.

„Sehen Sie," sagte er, „wir sind aber doch freigekommen."

„Ja, ja," antwortete ich, „bescheidenen Leuten mags genügen."

Stiedry gegen Schillings.

Der Fall Stiedry ist in sein letztes Stadium getreten. Noch vor 14 Tagen wäre es möglich gewesen, die öffentliche Klage Stiedrys abzuwehren, indem man ihm nach der Absage Pfitzners den „Palestrina" zu dirigieren gab. Schillings wollte nicht: Nun muß er sich gefallen lassen, daß der künstlerisch schwer Geschädigte zum Kadi geht und dort allerhand Dinge enthüllt, die ein ganz diplomatischer Intendant nicht ohne Not auf die Dächer der Stadt kommen läßt.

Wir haben im „Vorwärts" nie ein Hehl daraus gemacht, daß unsere Sympathie in dem entbrannten Kampf um Blechs Nachfolge Stiedry gehörte. Wir haben mehrfach den Vorschlag gemacht, dem bewährten Manne bei Kroll die gleiche Position zu sichern, die jetzt Kleiber Unter den Linden hat. Und wenn es nicht jetzt endgültig zu spät ist, sollte als Antwort auf die Klage Stiedrys seine Berufung zum ersten Kapellmeister an das Zweiginstitut der Staatsoper erfolgen. In Berlin kennt niemand Herrn Kleiber und selbst nach dem, was Eingeweihte von ihm Gutes und Zukunftsfrohes aussagen, vergäbe er sich nichts, wenn er nunmehr seine Zustimmung geben würde zu einer Koordination beider ersten Kapellmeister. Aber die Entscheidung hat immer bei Schillings gelegen, da ihm das nach allen Seiten hin ausschauende und mit hundert Möglichkeiten rechnende Ministerium freie Hand gegeben hatte bezüglich der Kapellmeisterwahl. Kann es dem Ruf des Staatstheaters dienlich sein, wenn jetzt vor Gericht eine Wäsche gewaschen wird, die nicht nur zur Garderobe des Theaters, sondern auch zu der prominenter einzelner Personen gehört? Soll auf Grund von Aussagen, Briefen, Telegrammen jeder Meinungsumschwung der Theaterleitung und ihres künstlerischen Personals ebenso festgelegt werden? Soll wirklich in breitester Oeffentlichkeit die Intendantenkrise noch einmal beschworen werden? Soll jeder wissen, daß neben dem allgemeinen Interesse auch kleine persönliche Interessen ausschlaggebend waren beim Sturz Stiedrys?

Wir meinen, an dieser Mohrenwäsche kann weder dem Theater noch Herrn Kleiber etwas gelegen sein, die sich ja doch beide Sympathien und Erfolge in Berlin erst wieder holen müssen. Gewiß ist die Anklageschrift Stiedrys persönlich gehalten, kein Evangelium, in Einzelheiten der Sentiments vielleicht einseitig und auch einmal mehrdeutig. Aber die Tatsachen scheinen einhellig für ihn und sein Recht zu sprechen. Die Gegenseite wird ihr Material herausgeben müssen, damit ein aktenmäßiger Vergleich der Taten und Meinungen möglich ist. Wir haben den Eindruck, daß Stiedry, zuerst zum Generalmusikdirektor erkoren, dann zum koordinierten ersten Kapellmeister gemacht, zuletzt zum zweiten degradiert worden ist. Dies alles trotz seiner Erfolge in Berlin und trotz der fast unbeschriebenen Kunstkonduite Kleibers. Da mußte Stiedry natürlich abspringen und zum Kläger werden. Den Schaden trägt das Theater, der Staat und das Publikum. Gibt es wirklich keinen Vermittler mehr?

K. S.

Der „Fürst des Humbugs".

Den „Fürsten des Humbugs" hat man P. T. Barnum genannt, den Schaubudenmann, der durch seine gigantische Reklame sich einen Weltruf gemacht hat und auch noch für „amerikanische" Formen des Geschäfts sprichwörtlich ist. Dieser in vieler Hinsicht interessanten Persönlichkeit ist jetzt auch die Ehre einer Biographie zuteil geworden, die M. R. Werner in London erscheinen läßt.

Die unerschöpfliche Fülle und Eigenart der Ideen, die diesen echten Yankee auszeichneten, sprudelt uns aus dem Buch entgegen, und wir erleben alle die Sensationen mit, mit denen Barnum das Publikum eroberte: die 161jährige Negerin, die „als erste dem Säugling George Washington Kleider anlegte", wie Barnum anpries, den berühmten Zwerg „General" Tom Thumb, den gefeierten Elefanten Jumbo, die vielversprochene Meerjungfrau und ein ganzes Museum anderer Merkwürdigkeiten. Barnums Genialität, die ihm sein Biograph zuspricht, bestand in seiner außerordentlichen Kenntnis der menschlichen Natur. Er war nicht einmal ein guter Geschäftsmann, aber sein Instinkt für das, was Geld bringt, gab ihm über all seine Mitbewerber einen solchen Vorteil, daß er auch schwere Verluste wieder auszugleichen vermochte.

Dieser Meister der Reklame wuchs in Connecticut in einer Atmosphäre auf, in der man es in Geschäftsdingen mit der Anständigkeit nicht immer genau nahm. „Bluffen" galt als eine Art Sport, und wer hereinfiel, war eben ein „Greenhorn" und mußte sein Los tragen. Mit Maßstäben der Moral darf man Barnums Laufbahn nicht messen. Aber dieser schlaue Manager, der ein ganzes Volk hereinlegte, war selbst voll Vertrauen, ließ sich von Schurken übers Ohr hauen und machte deswegen Bankerott.

Von den Reklametricks des „Fürsten des Humbugs" weiß Werner sehr viel zu erzählen. „Sag mal, Papa! In welchem Käfig ist denn Barnum drinn?" sagte ein kleiner Junge ganz laut zum Gelächter aller Anwesenden bei dem ersten Besuch seiner großen Menagerie. Der Witz flog durch alle Zeitungen. Der Junge war von Barnum gemietet. Alles wußte er dazu auszunutzen, daß es Geld brachte, selbst die Geistlichkeit. Er schickte Freikarten an alle Geistliche in die Städte, in die er kam, und sicherte sich damit eine kostenlose Reklame auf den Kanzeln. Er war ein grimmiger Gegner des Alkohols. Aber auch das wußte er zu seinem Nutzen zu wenden, und wenn der Wärter bei der Vorführung dem Elefanten Jumbo die übliche Flasche Whisky verabreichte, behauptete der Alkoholgegner Barnum, er habe das Tier am Wachsen verhindert. Als er England verließ, sagte der Bischof von London zu ihm: „Leben Sie wohl, Mr. Barnum, ich hoffe Sie im Himmel wiederzusehen." „Sicherlich," sagte Barnum. „Falls Sie hineinkommen."

Die nächsten großen Sonnenfinsternisse. Am 21. September d. J. hat bekanntlich die totale Sonnenfinsternis stattgefunden, zu deren Beobachtung sich die Astronomen der ganzen Welt in Kalifornien zusammengefunden hatten. Man erwartet von diesen Beobachtungen endlich eine Entscheidung über die Einsteinschen Theorien, wird sich aber noch eine Weile gedulden müssen, denn derartige feine Untersuchungen beanspruchen natürlich langwierige und kniffliche Messungen. Während der nächsten fünf Jahre werden wir noch mehrere totale Verfinsterungen der Sonne erleben, nämlich am 24. Januar 1925, am 14. Januar 1926, am 29. Juni 1927 und am 19. Mai 1928. Die Finsternis von 1925 wird sichtbar sein in dem östlichen Teil der Vereinigten Staaten, die von 1926 in Ostafrika sowie weiter östlich bis Sumatra und den Philippinen, die von 1927 in England und Skandinavien, die von 1928 im Südlichen Eismeer. Das mittlere und südliche Europa fällt dabei leider ganz aus.

Das Schauspielertheater eröffnet seine Winterspielzeit am 1. November im ehemaligen Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater mit der deutschen Uraufführung des Dramas „Tanja" von Ernst Weiß.

Vor der Linkskoalition
in Sachsen und Thüringen.

Dresden, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) In der am heutigen Nachmittag stattgefundenen Sitzung des Landesarbeitsausschusses und der Landtagsfraktion der VSPD. wurde über die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit den Kommunisten und das wirtschaftliche, politische und sozialpolitische Programm eines solchen Kabinetts verhandelt. Folgendes Regierungsprogramm fand einstimmige Annahme:

„Zur Verbreiterung der Basis der sächsischen Regierung tritt die KPD. in diese Regierung ein. Die staatspolitische Grundlage des gemeinsamen Wirkens der VSPD. und KPD. in der Regierung bildet die Reichs- und Landesverfassung."

I.

Das Ziel der gemeinsamen Arbeit ist die Befestigung der Republik und die Hebung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung. Innerhalb dieses Rahmens wird die Reform der Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage erstrebt. Als Vorstufe dazu ist der planmäßige Ausbau und die Erweiterung der Staatsbetriebe einzuleiten. Zur Erreichung dieses Zieles fordert die VSPD. die vollständige Republikanisierung der Landespolizei und Besetzung der leitenden Stellen durch unbedingt zuverlässige republikanische Offiziere. Alle illegalen, antirepublikanischen Versammlungen sind zu verbieten. Die proletarischen Hundertschaften sind als Abwehrorganisationen gegen die Feinde der Republik auszubauen, ihre Verwendung für den Schutz der Republik ist vorzubereiten. Der Staatsapparat ist von allen republikfeindlichen Elementen zu befreien.

II.

Gegenwärtige Aufgabe für die Hebung der sozialen Lage der werktätigen Bevölkerung ist die energische Durchführung und Anwendung der neuen sächsischen Verordnung gegen die Stillegung von Betrieben und, soweit es im Machtbereich des Staates liegt, die Arbeitsbeschaffung, ferner der Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, insbesondere auf dem Gebiete des Wohnungsbaues. Zur Bekämpfung des Wuchers sind die von der sächsischen Regierung zugelassenen Kontrollausschüsse im Rahmen des Reichsrechts mit allen Befugnissen auszurüsten, die eine wirksame Erfassung des Wuchers gewährleisten.

Zur Sicherstellung der Ernährung sind durchgreifende Maßnahmen zu treffen, darunter Abkommen mit anderen Ländern über Lieferung von Lebensmitteln. Der Besitz ist im Rahmen des Landessteuerrechts aufs schärfste zu besteuern. Vor allem ist ein Grundsteuerrecht nach dem gemeinen Wert zu schaffen.

III.

Von der Reichsregierung fordert die VSPD. durchgreifende Republikanisierung der Reichswehr, ihre Säuberung von reaktionären Offizieren sowie schärfste Anwendung der republikanischen Schutzgesetze, schärfste Besteuerung des Besitzes und Erfassung der Sachwerte; gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, Ausbau der Befugnisse und Rechte der Betriebsräte, weitgehenden Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge, vor allem durch die Förderung des Wohnungsbaues, ausreichende Unterstützung der Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentner.

IV.

Zwischen VSPD. und KPD. wird eine parlamentarische Arbeitsgemeinschaft gebildet. Diese Arbeitsgemeinschaft hat alle Vorlagen und Anträge der Regierung und beider Parteien vor ihrer Erledigung im Plenum durchzuberaten. Mit den sozialistischen Regierungen anderer Länder ist eine enge Verbindung herzustellen.

V.

Innerhalb dieses parlamentarischen Programms wird das selbständige Handeln beider Parteien gewährleistet."

Nach Beendigung der Beratungen unserer Landesinstanzen begannen die Beratungen mit den Kommunisten.

Die KPD.-Zentrale für Eintritt in die Regierung.

Von der Zentrale der Kommunistischen Partei ist folgender Beschluß gefaßt worden:

„Angesichts der großen Gefahr, die dem deutschen Proletariat und vor allem der sächsischen und thüringischen Arbeiterschaft droht, die das erste Angriffsziel des Faschismus bildet, hat die Zentrale der KPD. beschlossen, alle Bedenken zurückzustellen und in die thüringische und sächsische Regierung einzutreten, um gemeinsam mit den thüringischen und sächsischen Sozialdemokraten die Arbeiterschaft zur Abwehr der faschistischen Gefahr zusammenzuschweißen. Die Zentrale der KPD. ist davon überzeugt, daß die gesamte Arbeiterschaft im Reich die sächsische und thüringische Regierung verteidigen und verhindern wird, daß die Faschisten die sächsische und thüringische Arbeiterschaft niederschlagen."

Kein Zivilkommissar für Sachsen.

Dresden, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der sächsischen Regierung ist vom Wehrkreiskommando IV ein Schreiben des Reichswehrministers zugegangen, in dem die Ernennung eines Zivilkommissars für Sachsen abgelehnt wird. Das Interesse der Länder unter dem militärischen Ausnahmezustand werde am besten dadurch gewahrt, daß Militärbefehlshaber und Landesregierungen in engem unmittelbaren Einvernehmen arbeiten. Die Militärbefehlshaber hätten entsprechende Anweisung. Der Regierungskommissar, der ein Organ des Reiches sei, vertrete nirgends die Interessen eines Landes, sondern in verwaltungstechnischen Fragen die Interessen der Zivilauffassung gegenüber dem Militärbefehlshaber. Für einzelne Länder könne deshalb kein besonderer Regierungskommissar ernannt werden; dieser käme nur für das gesamte Gebiet eines Militärbefehlshabers in Betracht.

Aufruf der bayerischen Sozialdemokraten.

München, 5. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Die Landtagsfraktion der VSPD. in Bayern hat sich in zweitägigen Sitzungen am Donnerstag und Freitag eingehend mit der politischen Lage beschäftigt. Als Ergebnis der Aussprache wurde folgende Kundgebung an die Partei beschlossen:

„Sozialdemokraten! Die Regierung Knilling hat den Ausnahmezustand verhängt. Die Regierung selbst verzichtete darauf, den Ausnahmezustand zu vollziehen, sie übertrug den Vollzug anderen. Der Ausnahmezustand richtet sich in erster Linie gegen Euch, gegen die Partei, gegen jeden einzelnen von uns. Eure Abwehrorganisationen, die nach jahrelangen unerhörten Herausforderungen von Gewalttätigkeiten jeder Art mit dem Rechte der Notwehr gegründet wurden, sind aufgelöst. Die Verbände derer, die nach ihrer Ankündigung den Bürgerkrieg heraufbeschwören und die Verfassung offensichtlich bedrohen, bleiben bestehen. Das in der Reichsverfassung auch für einen Ausnahmezustand garantierte volle Koalitionsrecht wurde durch das Streikverbot genommen. Durch ein törichtes, unverstandenes Schlagwort des Tages, von dem „Kampf gegen den Marxismus", glaubt man auf dem Wege der Diktatur eine Bewegung beseitigen zu können, die weltgeschichtlich ist und die Gewalthaber von heute um Jahrhunderte überdauern wird.

Genossen! Vergesset nicht, daß der Feind noch im deutschen Lande steht. Noch halten Eure Kameraden in der Pfalz, am Rhein und Ruhr die Wacht. Es handelt sich heute um Größeres als um die Drangsale durch eine Diktatur. Für uns Sozialdemokraten steht über dem parteipolitischen Kampf das Wohl des ganzen Vaterlandes und die Einheit des Reiches. Dies mögen diejenigen unter Euch besonders bedenken, die in der Aufwallung des verletzten Rechtsgefühls ungeduldig andere Maßnahmen von uns erwarten.

Genossen! Unter dem schändlichen, erbärmlichen Ausnahmegesetz der Jahre 1878 bis 1890 sind wir stark geworden. Denn wir kämpften auf dem Boden des Gesetzes für die Ideale der arbeitenden Massen. In der Erinnerung an die Entwicklung der Partei und die Lehren der Geschichte rufen wir Euch Sozialdemokraten zu: Seid treue, mutige, besonnene Kämpfer! Laßt Euch nicht provozieren! Die Gesetzlichkeit Eures Handelns wird Eure Gegner töten!

Die Fahne, die wir an den Gräbern August Bebels, Karl Grillenbergers und Georg von Vollmars senkten, wird Euch weiter durch Kampf zum Sieg führen."

*

München, 5. Oktober. (WTB.) Dem Bund „Reichsadler" wurde, wie die „Münchener Post" berichtet, gestern durch Polizeiorgane mitgeteilt, daß der Bund nichts anderes sei als ein Ersatz für die sozialdemokratische Schutzabteilung (?) und deshalb aufgelöst werde.

München, 5. Oktober. (WTB.) Die sozialdemokratische „Oberfränkische Volkszeitung" in Hof wurde vom Generalstaatskommissar bis 26. Oktober verboten.

München, 5. Oktober. (WTB.) Der Bayerische Landtag dürfte zu einer neuen Tagung frühestens Ende Oktober zusammentreten.

Baldwins Angebot.
Die englisch-französische Verständigung.

Der Londoner Korrespondent des römischen Blattes „Stampa", der allgemein als gut informiert gilt, veröffentlicht eine Darstellung der jüngsten Verhandlungen zwischen Baldwin und Poincaré, der wir, nach der „Voss. Ztg.", folgendes entnehmen:

Während der Unterredung soll Baldwin zu Poincaré folgendes gesagt haben: Das einzige Mittel, um Unruhen in Europa vorzubeugen, ist die Erhaltung des demokratischen Regimes in den großen Staaten und ein Uebereinkommen zwischen uns. Ruhr- und Reparationsproblem aber stehen im Wege. Man müsse unverzüglich diese Ursachen der Uneinigkeit beseitigen. England ist zu jedem Opfer bereit, außer dem, die Integrität des Deutschen Reiches zu vernichten. Es will die Zerstücklung Deutschlands vermeiden. Sobald Frankreich einmal auf unzweideutige Weise bekundet hat, daß es das Rheinland nicht annektieren wolle, daß es nicht an eine dauernde Besetzung des Ruhrgebietes denke, daß es zu keiner separatistischen Bewegung am Rheine aufhetzen wolle, sind wir bereit, ihm alle möglichen finanziellen Erleichterungen zu gewähren. Unsere gemeinsame Basis in territorialen und politischen Fragen ist der Versailler Vertrag, von dem wir selbstverständlich ausdrücklich wünschen, daß auch alle anderen seine Klauseln beobachten werden. Verbürgt uns, daß auch für Frankreich der Versailler Vertrag von A bis Z volle Geltung haben muß, und wir sind ganz aufrichtig mit euch!

Ein erster praktischer Schritt, den wir unternehmen werden, sobald Deutschland den Widerstand einstelle und offizielle Verhandlungen unter uns im Gange sein werden, wird der sein, auf dem englischen und auch amerikanischen Geldmarkt eine Aktion für eine große Anleihe einzuleiten, die Frankreich die Möglichkeit geben soll, sofort 5 bis 8 Milliarden Franken zu erhalten, die ihr, wenn ihr wollt, auch sehr gut als einen Erfolg eures „Sieges an der Ruhr" betrachten könnt. Sobald ihr die erwähnten Milliarden bekommen habt, werdet ihr für die endgültige Räumung des Ruhrgebietes Sorge tragen. Wir garantieren euch außerdem die Gesamtsumme von 26 Milliarden Goldmark, die ihr bisher gefordert habt. Dafür werdet ihr aber die produktiven Pfänder fallen lassen. Es wird sodann ein Leichtes sein, mit Berlin ein System von politisch unschädlichen Garantien zu verabreden. Natürlich werden wir euch die Kriegsschulden nachlassen, ihr aber werdet euch verpflichten, das neue Deutschland innerhalb der Grenzen des Vertrages fortbestehen zu lassen.

Die englische Regierung wäre bereit, in diesem Sinne sofort einen Vertrag abzuschließen, wenn sie mit Sicherheit wüßte, daß es der demokratischen Regierung Stresemann gelingen würde, dem heftigen Sturm, der bei der baldigen Einstellung des Abwehrkampfes bevorstehen wird, zu widerstehen. Niemand kann dies aber mit Sicherheit behaupten. Solange müssen wir diesen Vorschlag in der Schwebe lassen, bis der Sturm in Deutschland sich gelegt hat. Sowie Stresemann aber an der Macht bleibt und Deutschland sein gegenwärtiges Gepräge bewahrt, wird die englische Regierung nicht zögern, die oben erwähnten Abmachungen abzuschließen. Denn sie ist überzeugt, daß die britische Reichskonferenz diese Vorschläge billigen wird, die dann mit um so größerer Autorität ausgeführt werden können.

Die Antwort Poincarés auf den englischen Vorschlag soll nach derselben Darstellung im wesentlichen folgendermaßen gelautet haben:

Die französische Regierung nimmt den englischen Vorschlag sofort an, wir sind also einig. Unsere neue Zusammenarbeit auf allen Gebieten kann also schon heute beginnen. Ich verbürge mich feierlich, daß meine Regierung nicht auf die Zerstückelung Deutschlands abzielt, daß sie das Rheinland nicht annektieren und den Separatismus nicht fördern will. Wir werden das Ruhrgebiet räumen, sobald wir die erste größere Anleihe, die ihr uns in Aussicht stellt, als Reparationsanleihe erhalten haben werden. Auch werden wir in allem und jedem am Vertrag von Versailles festhalten. Es ist abgemacht, daß wir von den in den letzten Monaten ausgetauschten diplomatischen Noten nicht mehr sprechen werden. Auf jeden Fall: Was uns jetzt allein interessiert, ist die Einstellung des Widerstandes an der Ruhr, die wir als „moralischen Erfolg" benötigen, in zweiter Linie müssen wir Geldmittel hereinbringen, um die französischen Massen zu überzeugen, daß die Ruhrbesetzung nicht unnütz war. Geldmittel, die uns gestatten sollen, unser Budget so bald als möglich ins Gleichgewicht zu bringen. Wir wissen ganz genau, daß unsere Schwierigkeiten mit der Unterwerfung Deutschlands nicht überwunden wären, falls nicht sofort auch eine allgemeine Besserung im Lande eintreten würde. Bleibt diese aus, dann würde auch die Unzufriedenheit unter den französischen Massen zunehmen, dann würde man aber auch der um jeden Preis die Annexion fordernden Strömung nicht widerstehen können.

Diese Antwort Poincarés soll noch am gleichen Abend eine Bestätigung durch Millerand erhalten haben, der Baldwin die feierliche Versicherung Poincarés wiederholte. Nachrichten aus London, die über Vorarbeiten englischer Finanzsachverständiger berichteten, scheinen die Richtigkeit der „Stampa"-Meldung, soweit sie die Absichten Englands betreffen, zu bestätigen. Die Haltung jedoch, die Poincaré, auch nach seiner Unterredung mit Baldwin, Deutschland gegenüber einnimmt, läßt es berechtigt erscheinen, daß man der Meldung über seine feierlichen Zusicherungen an England zunächst noch mit einiger Skepsis gegenübersteht.

Curzons Rede auf der Reichskonferenz.

London, 5. Oktober. (WTB.) Lord Curzons mit größter Spannung erwartete Rede über die auswärtige Politik der Regierung vor der britischen Reichskonferenz dauerte 2¾ Stunden. In dem nach Schluß der Sitzung ausgegebenen Bericht heißt es, daß Curzons Mitteilungen die auswärtige Lage in allen Teilen der Welt behandelten. Der größere Teil seiner Ausführungen sei notwendigerweise vertraulich, es sei jedoch beschlossen worden, daß gewisse Teile seiner Rede, die sich auf Fragen dringenden Interesses und dringender Wichtigkeit bezogen, der Presse weiterzugeben. Stellen, die sich mit der Lage im Ruhrgebiet und dem türkischen Vertrag befassen, würden demgemäß veröffentlicht werden.

Die Konferenz vertagte sich auf Montag vormittag.

In seiner Rede führte Lord Curzon aus, nach englischer Auffassung sei Deutschland nicht imstande, sofortige große Zahlungen zu machen. Die Besetzung des Ruhrgebietes sei nicht der richtige Weg gewesen, Zahlungen zu sichern, die auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben seien. Zunehmende Erbitterung und vielleicht innerer Zerfall in Deutschland werde die Folge sein. Nach Curzons Auffassung hätte Deutschland bereits vor drei Monaten sich ergeben sollen. Törichterweise habe es dies hinausgeschoben. Großbritannien erwarte die nächsten Vorschläge von Frankreich und sei bereit, sie in freundschaftlichem Geiste zu erörtern.

Wirtschaft

Preistreiberei und Konservenfabriken.

In welchem Maße die Preise für richtige Inlandwaren wie Gemüse auf Grund der Devisenhausse durch die Industrie in die Höhe getrieben werden, geht aus einer Eingabe hervor, die der Reichsverband deutscher Feinkostkaufleute in Gemeinschaft mit der Hamburger Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine an den Reichswirtschafts-, den Ernährungs- und den Justizminister gerichtet hat. In dieser Eingabe wird die Grundkalkulation der Konservenindustrie bestritten, z. B. ist der Preis für Kaiserschoten heute doppelt so hoch als im Frieden, obwohl sich die Löhne weit unter dem Stande der Vorkriegszeit bewegen. Zu diesen übersetzten Grundpreisen rechnet die Konservenindustrie die tägliche Geldentwertung nach dem Dollarstande, wenngleich es sich um reine Inlandprodukte handelt. Dagegen hält sie, wenn die Devisen schlechter werden, an den Dollarhöchstpreisen fest. Durch eine solche Preisberechnung kommen die Fabrikanten zu Preisen, die durch nichts gerechtfertigt sind. Unter Zugrundelegung der seit dem 20. September festgestellten Indexziffern dürfte beispielsweise eine Kilodose Kaiserschoten ab Fabrik nur 35 Millionen Mark kosten. Der Preis beträgt aber in Wirklichkeit 100 Millionen Mark.

Das Verfahren der Konservenindustrie ist einfach skandalös und ein Beispiel dafür, wie die Not des Volkes ausgebeutet wird. Die Eingabe der genannten Verbände macht der Konservenindustrie weiter den Vorwurf, daß sie mit der Ware zurückhält, um möglichst hohe Preise zu erzielen. Es ist dringend erforderlich, daß der Reichswirtschaftsminister die Kalkulationsmethode der Konservenindustrie einer eingehenden Prüfung unterzieht.

Weitere Teuerung um 80,6 Proz.

Die Verteuerung der Lebenshaltung stand in der Woche vom 29. September bis 5. Oktober wieder stark unter dem Einfluß der Devisensteigerung. Die Teuerungsmeßziffer der „Industrie- und Handels-Zeitung" stieg von 32 982 431 auf das 59 581 149fache, was eine Teuerungszunahme um 80,6 Proz. bedeutet. Dabei stiegen die Ernährungskosten um 61,2 Proz., die Bekleidungskosten um 90,9 Proz. Eine starke Teuerungszunahme weist ferner die Gruppe Heizung und Beleuchtung auf.

Erhöhte Steuersätze treten ab 8. Oktober in Kraft bei der Salzsteuer, die auf 237 000 M. für das Kilo Steingewicht erhöht wird, und für die Spielkartensteuer, die auf 27 Millionen Mark je Spiel festgesetzt wird.

Die Kohlenpreise in Goldmark bleiben unverändert, da in der Freitagsitzung des Reichskohlenverbandes und des großen Ausschusses des Reichskohlenrates die Syndikate Preisanträge nicht gestellt haben.

Amtliche Devisenkurse.

	5. Oktober		4. Oktober	
	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Geld-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländ. Gulden	235410000	236590000	215460000	216540000
1 argent. Pap.-Peso	197505000	198495000	181545000	182455000
1 belgischer Frank	29725500	29874500	26952500	27067500
1 norweg. Krone	94164000	94676000	86383500	86816500
1 dänische Krone	105585000	106625000	96588000	97042000
1 schwedische Krone	158402500	159397500	145685000	146365000
1 finnische Mark	16059750	16140250	14768000	14837000
1 japanischer Yen	289275000	290725000	270320000	272680000
1 italienische Lira	26733000	26867000	24438500	24561250
1 Pfund Sterling	2723175000	2736825000	2493750000	2506250000
1 Dollar	**598500000**	**601500000**	**548625000**	**551375000**
1 französisch. Frank	33311500	33488500	31920000	32080000
1 brasilian. Milreis	57855000	58145000	52368750	52631250
1 Schweizer Frank	107131500	107668500	97954500	98445500
1 spanische Peseta	80797500	81202500	74214000	74586000
100 österr. Kr. (gest.)	837900	842100	778100	777000
1 tschechische Krone	17755500	17844500	16359000	16242000
1 ungarische Krone	31920	32080	27930	28070
1 bulgarische Lewa	5785500	5814500	5386500	5413500
1 jugoslaw. Dinar	7182000	7218000	6588500	6616500

Die Mark in New York.

Während gestern, Freitag, der Dollar in Berlin amtlich mit fast 600 Millionen Mark notiert und abends noch bedeutend höher gesprochen wurde, schloß die New Yorker Börse genau wie Donnerstag mit Geld 500 und Brief 476 Millionen Mark. Die Markentwertung im Inland ist also wieder einmal über die ausländische hinaufgetrieben!

Gewerkschaftsbewegung

Unternehmer und Reallohn.

Neuerdings wurde wieder an die Ausführungen der Großindustriellen Dr. Guggenheimer und Dr. Kraemer erinnert, die sie über den Lohnanteil am Produkt machten, wonach bei vielen Produkten die Löhne durchschnittlich nicht mehr als 5 Proz. betrugen, da den Hauptteil der Gestehungskosten die in Gold vom Ausland bezogenen Rohstoffe und sonstigen Materialpreise bildeten. Dem Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Dr. Guggenheimer, ist es nun recht peinlich, an diese Ausführungen, die er vor etwa einem Jahre gemacht hat, erinnert zu werden. Die Arbeitnehmer fordern jetzt nämlich statt der schwindelnd hohen Papiermarklöhne, der sog. Nominallöhne, **Reallöhne**, da sie die notwendigsten Lebensmittel nur noch zu „Realpreisen", nach Dollar oder Goldmark berechnet, kaufen können. Dr. Guggenheimer setzt nun des langen und breiten auseinander, daß es damals, als er den Lohnanteil am Produkt schätzte, etwas ganz anderes war. Damals habe die Frage, „wie hoch **in der Tat** der Lohnanteil sei und ob die Höhe billig oder unbillig wäre, nicht zur Erörterung" gestanden. Mit anderen Worten, damals erforderte es der Zweck der Ausführungen, die Höhe der Gestehungskosten ins rechte Licht zu rücken.

„Heute aber muß ich feststellen, daß sich gerade von der Lohnseite her die Verhältnisse in den letzten Monaten, seitdem wir den vergeblichen Versuch machen, an Hand eines Lebenshaltungsindex den Lohn ohne Produktionssteigerung wertbeständig zu erhalten, wesentlich verschoben haben."

Es sei sehr wohl möglich, daß der Lohnanteil am Preis zahlenmäßig gesunken sei, daß er aber bei richtiger Vergleichsbasis mindestens auf Friedenshöhe, wenn nicht sogar darüber liege. Aus der Feststellung, „daß der Lohnanteil bei dem einen oder anderen Produkt heute nur ein Viertel oder ein Fünftel des Friedensanteils darstellt", könnten nur bei oberflächlicher Betrachtung der Dinge „irgendwelche Schlüsse auf die Billigkeit oder Unbilligkeit dieses Lohnanteils und auf die Gerechtigkeit des dem Arbeiter bewilligten Lohnes" gezogen werden.

Diese Ausführungen Dr. Guggenheimers, die in der „Berliner Börsenzeitung" vom 5. Oktober 1923 aus dem „Arbeitgeber" wiedergegeben werden, entbehren insofern nicht eines gewissen Reizes, als sie davon ausgehen, daß „**gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt**, wo durch die Stützungsmaßnahmen der Regierung **der Dollar wieder erheblich gedrückt ist**", man erneut beobachten könne, daß unsere Papiermarklöhne über den Goldindex wie über den Lebensmittelindex umgerechnet zu Beträgen führen, die über dem Friedensreallohn liegen" . . .

Ob diese „Beobachtung" richtig **war**, kann dahingestellt bleiben. **Heute** trifft sie jedenfalls nicht mehr zu — **weil gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt**, wo trotz der Stützungsmaßnahmen der augenblicklich nicht vorhandenen Regierung **der Dollar wieder erheblich gestiegen ist.**

Die bevorstehende Währungsreform werde zur entscheidenden Auseinandersetzung der Tarifparteien über den Reallohn führen. „Jeglicher Versuch, einen erträglicheren Reallohn zu schaffen, die Reallohnhöhe festzuhalten und den Lohn wertbeständiger zur Auszahlung zu bringen", müsse scheitern, „wenn nicht die Gewerkschaftsseite sich endlich entschließt, gemeinsam mit der Arbeitgeberschaft ein **klares Produktionsprogramm** aufzustellen, in dem die **Aufhebung der Demobilmachungsverordnung vom 12. Februar 1920 an allererster Stelle** wird stehen müssen. Eine Wirtschaft, bei der der Leistungseffekt der Arbeit und die Produktion dauernd sinkt und die trotzdem verpflichtet wird, unproduktive Arbeitskräfte, deren Zahl sich bei fortschreitender Wirtschaftskrisis täglich vermehren wird, zu beschäftigen, wird niemals einen Reallohn oder einen festen Lohnanteil am Produkt garantieren können."

Die Arbeitnehmerschaft kann also nach Auffassung der Unternehmer nur dann auf einen Reallohn rechnen, wenn die Unternehmer je nach Belieben Arbeiter entlassen können, wieder eine große industrielle Reservearmee bilden können, die durch ihr bloßes Vorhandensein die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den äußersten Tiefstand herabdrückt. **Ein Teil** der Arbeitnehmerschaft kann eventuell Reallohn bekommen. Die Frage, wo denn der andere Teil, der heute noch in Kurzarbeit steht, wo all die Erwerbslosen, die wir dann zu verzeichnen haben, mit ihren Frauen und Kindern bleiben sollen, mag — vom Unternehmerstandpunkt aus — sehr naiv erscheinen. Selbst auf diese Gefahr hin müssen wir sie schon stellen. Es ist leicht gesagt: „sie mögen sehen, wo sie bleiben", doch damit ist ihnen nicht geholfen. Sie müssen ebenfalls leben und können es nur von der Arbeit, zu der sie bereit stehen.

Es mag auch naiv klingen für Unternehmerohren, von den Unternehmern zu fordern, sie selber sollen während der Krise einmal Opfer bringen, anstatt solche auf Kosten hungernder Arbeitslosenmassen zu fordern, **auf ihre Profite einstweilen verzichten**. Es erscheint uns, rein menschlich betrachtet, logischer und leichter durchführbar, als die Verurteilung Hunderttausender oder gar Millionen zum Hungertode. Wenn die willkürliche Ausschaltung großer Arbeitermassen aus dem Produktionsprozeß im Programm der Unternehmer die **allererste** Stelle einnimmt, dann ist die Aufhebung der Erwerbslosenfürsorge als unproduktive Belastung nicht an letzter Stelle zu suchen.

Kurzum, für die Arbeitnehmerschaft dreht sichs mehr denn je darum, sich **die nackte Lebensmöglichkeit** zu erhalten. Für die Unternehmer aber gehts nur **um den Profit**. In dem notwendigen **Kampf** um diese Objekte muß sich der Anspruch der Arbeitnehmerschaft durchsetzen, wenn sie einmütig dafür eintritt. Das Wort **Reallohn** ist lediglich ein besonderer Ausdruck für den Lebenswillen, die Lebensmöglichkeit.

Die neuen Reichsarbeiterlöhne.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium am Donnerstag führten um Mitternacht zu der Regelung, die Löhne für die erste Oktoberwoche um rund 67 Proz. gegen die Vorwoche zu erhöhen. Die Meßzahl beträgt danach 63 000, die Teuerungszahl 56 168.

Der Lohn und die Teuerungszulage für einen ledigen 24 Jahre alten Arbeiter in der Ortsklasse A beziffert sich also in der Lohnwoche vom 30. September bis 6. Oktober in Lohngruppe I auf 25,515, Lohngruppe II auf 24,948, Lohngruppe III auf 24,381, Lohngruppe IV auf 23,814, Lohngruppe V auf 23,436, Lohngruppe VI auf 23,058, Lohngruppe VII auf 22,680 Millionen Mark. Der Lohn für die 24 Jahre alte Arbeiterin beträgt 15,687 Millionen Mark. In den Orten, in denen Ortslohnzuschläge gewährt werden, treten zu diesen Löhnen die Ortslohnzuschläge. Die Spannung in den Ortsklassen beträgt für männliche Arbeiter 567 000 M. und für weibliche Arbeiter 378 000 M. Die Frauen- und Kinderzulage beträgt je 2 394 000 M. pro Stunde und die Nachtdienstzulage wurde von 1,2 auf 2 Millionen Mark erhöht.

Die **Gewerkschaften** nahmen unter **Protest** von dieser Neuregelung Kenntnis.

*

Die in der Nacht zum Freitag abgebrochenen Verhandlungen über die Erhöhung der **Beamtengehälter** wurden gestern nachmittag aufgenommen. Ein Ergebnis lag bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

Lohnregelung in der Berliner Metallindustrie.

Die Lohnverhandlung für die Zeit vom 1.—7. Oktober hatte nachstehendes Ergebnis: Männer über 21 Jahre 34 Millionen pro Stunde, die anderen Löhne erhöhen sich im gleichen Hundertsatz. Wo die technischen Möglichkeiten bestehen, muß am **Montag**, den 8. Oktober, ein **Vorschuß** gezahlt werden. Wo diese Möglichkeit nicht vorhanden ist, erfolgt die Vorschußzahlung am Dienstag, den 9. Oktober. Die Höhe beträgt 50 Proz. des verdienten Nettolohnes, unter Berücksichtigung des tatsächlichen Wochenverdienstes nach Abzug der Steuern usw. Ausführliche Tarifverträge sind ab heute mittag 12 Uhr bis 7 Uhr abends im Verbandshause des DMV., Abteilung Thrpitz, bzw. Zimmer 3 (nach 4 Uhr), Linienstr. 83—85, zu kaufen.

Der Hochbahnerstreik.

Gestern nachmittag um 5 Uhr traten die Funktionäre der Hochbahn zusammen, um zu dem Streik des Personals der Kraftwerke und Werkstätten Stellung zu nehmen. Die Situation hatte sich inzwischen durch die **Entlassung der Streikenden** verschärft. Die Funktionäre beschlossen, den Streikenden die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen, wenn der Entlassungsukas zurückgenommen würde. Die Direktion lehnte dies ab. Sie verbreitet eine Darstellung, wonach sie mit dem Demobilmachungskommissar darin einig sei, die Löhne um die gleiche prozentuale Zulage zu erhöhen, wie die der Reichsarbeiter erhöht werden. Dabei handelt es sich jedoch nur um die Anwendung der Meßzahl, die nur 90 Proz. der Reichsarbeiterbezüge darstellt. Der Demobilmachungskommissar hat es abgelehnt, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären. **Heute früh finden erneute Verhandlungen** zwischen den Parteien über die Lohnregelung statt. Inzwischen bleibt der Teilstreik bestehen. Soll **er auf dem schnellsten Wege beendet werden** — er konnte wie gesagt schon beendet sein — und nicht etwa zur vollständigen Betriebslahmlegung führen, dann ist in erster Linie notwendig, daß die Kündigung bzw. **Entlassung der Streikenden rückgängig gemacht** wird.

Der Rücktritt Fimmens.

Vom Internationalen Gewerkschaftsbund **wird mitgeteilt:**

Im Zusammenhang mit verschiedenen in der letzten Zeit verbreiteten Zeitungsmeldungen über einen Rücktritt Fimmens erachten wir es als nötig, zu erklären, daß die Behauptung, der Vorstand des IGB. habe Fimmen seines Amtes **enthoben**, absolut **unwahr** ist.

In der Anfang August abgehaltenen Vorstandssitzung hat Fimmen den Wunsch ausgesprochen, von seinem Posten zurückzutreten. Der Vorstand nahm hiervon Kenntnis und überließ es Fimmen, innerhalb einer gewissen Frist den genauen Zeitpunkt für seinen Rücktritt selbst zu bestimmen.

Bis heute liegt dem Vorstande noch keinerlei Mitteilung über den Zeitpunkt des Zurücktritts vor.

Die Löhne im Kohlenbergbau für die Lohnwoche vom 1. bis 8. Oktober wurden durch einen vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschuß festgesetzt. Nach dem **Schiedsspruch** beträgt der Durchschnittstariflohn einschließlich des Hausstands- und Kindergeldes für diese Lohnwoche im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau 458,6 Millionen, im oberschlesischen Steinkohlenbergbau 291,6 Millionen und in den Revieren des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaus 255,15 Millionen je Schicht.

Tapezierer! Die Lohnverhandlungen für die laufende Woche sind **gescheitert**, da die Unternehmer nur den Reichsindex von 43,8 Proz. anboten. In Anbetracht der außerordentlichen Teuerung lehnte die Kommission dieses Angebot ab, so daß der **Schlichtungsausschuß** angerufen werden muß. Die Unternehmer verpflichteten sich jedoch, den Index vorläufig als Vorschuß zu zahlen, so daß der Lohn eines älteren Gehilfen vorläufig 28 Millionen Mark beträgt. Die Löhne der übrigen Gruppen entsprechend.

In der Treibriemenindustrie beträgt der Lohn vom 30. September bis 6. Oktober 54 Millionen.

Ortsverwaltung des Sattlerverbandes.

In der Bilderrahmen- und Goldleisten-Industrie erfolgte eine Lohnerhöhung um 200 bzw. 60 Proz., so daß sich folgende Löhne ergeben:

	vom 22. bis 28. Sept. männlich	vom 22. bis 28. Sept. weiblich	vom 29. Sept. bis 5. Okt. männlich	vom 29. Sept. bis 5. Okt. weiblich
Facharbeiter	17 499 000	12 862 000	28 000 000	19 779 000
Angelernte .	15 661 000	10 629 000	25 055 000	17 482 000

Alle übrigen Löhne erhöhen sich um 200 Proz. für die erste und um 60 Proz. für die zweite abgelaufene Woche.

Die Löhne in der Kistenbranche erhöhen sich für die Woche vom 29. September bis 5. Oktober um 60 Proz., so daß der Spitzenlohn 28 Millionen beträgt. Kutscher erhalten 1 223 600 000 M. Wochenlohn. Akkordzuschlag 147 946 700 Proz.

Angestellte im Zeitungsgewerbe. Der in dieser Woche zur Auszahlung kommende Betrag **ist gleich einem Septembergehalt.**

Für die kaufmännischen Angestellten in der Lederwirtschaft sind die Tarifverhandlungen für September abgeschlossen. Die Angestellten erhalten 21,5 Augustgehälter, zahlbar bis heute Sonnabend. — Außerdem werden heute auf Konto Oktober 35 Proz. des Septembergehaltes ausgezahlt.

Angestellte der Feinmechanik und Optik. Die für den Monat September gültig gewesene Grundzahlentabelle zur Festsetzung des Monatsgehaltes gilt auch für den Monat Oktober. Als Multiplikator wird die Reichsteuerungszahl wiederum angewandt. Am 12. Oktober sind 40 Proz. und am 26. Oktober weitere 40 Proz. des Oktobergehaltes zu zahlen. Der Restbetrag ist am 2. November nach Erscheinen der Reichsindexzahl vom 1. November abzurechnen.

Die Löhne in der Süß- und Teigwarenindustrie sind durch Vereinbarung vor dem Zentralausschuß wie folgt festgesetzt worden: für Berlin ist durch Nachzahlung von 105 Millionen Mark in der Spitze der Ausgleich bis 25. September erfolgt. Vom 26. September bis 2. Oktober beträgt der Stundenlohn in der Spitze 22 557 400 M., für den Rest der Woche vom 3. bis 6. Oktober beträgt der Stundenlohn 32 708 100 M. Von nächster Woche ab werden die Lohnwochen nach der **Kalenderwoche** berechnet. Die Berichterstattung und Ausgabe von Tarifen erfolgt in der Versammlung am Montag.

Buchdrucker. Heute, Sonnabend, finden in den nachfolgenden Bezirken Fraktionsversammlungen statt mit der Tagesordnung: 1. Fraktion und Gewerkschaft; 2. Stellungnahme zur Bezirksversammlung. Bezirk 2 bei Birnbaum, Bastianstr. 2; Bezirk 4 im Freischütz, Fruchtstr. 36; Bezirke 5 und 10 bei Timpe, Adalbert-, Ecke Naunynstraße; Bezirk 8 bei Gohlke, Hermannstr. 198. Die Versammlung im Bezirk 9 fällt umständehalber aus. Beginn im 5. und 10. Bezirk um 5 Uhr, in allen anderen Bezirken um 7½ Uhr. — Wir erwarten von allen Genossen, daß sie in dieser politisch hochgespannten Situation die obigen Versammlungen restlos besuchen, um gemeinsam den Weg fruchtbarer Mitarbeit in der Gewerkschaftsbewegung zu finden. Parteiausweis legitimiert.

Der Fraktionsvorstand. J. A.: **Otto Fiebler.**

Achtung, Chirurgie-Mechanik! Heute nachmittag 3½ Uhr bei Hummel, Cuvrystr. 5, Versammlung sämtlicher Vertrauensleute und Betriebsräte der Branche.

Deutscher Holzarbeiterverband. **Heute, Sonnabend**, pünktlich 3 Uhr Sitzung der erweiterten Ortsverwaltung. Stellungnahme zum Schiedsspruch. — Die Zahlstelle in **Schöneberg**, Bahnstraße, geht ein.

Achtung, Brunnenbauer! Sonntag vormittag 10 Uhr Versammlung bei Kroch.

Aus der Partei.

Die deutsche Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei hält vom 16. bis 18. Dezember ihren Parteitag in **Aussig** a. d. Elbe ab. Auf der Tagesordnung stehen außer den üblichen Berichten und Wahlen Referate über Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik sowie über Klassenkampf und Massenschulung.

Verantwortlich für Politik: **Richard Bernstein**; Wirtschaft: **Artur Saternus**; Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner**; Feuilleton: **Dr. John Schikowski**; Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt**; Anzeigen: **Th. Glocke**; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Hierzu 1 Beilage.

Besucht die

Automobil-Ausstellung im Sportpalast

10 Uhr vorm. bis 6 Uhr nachm., ab 1 Uhr ermäßigtes Eintrittsgeld.

Theater, Lichtspiele usw.

Volksbühne 7½ Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis

Theater i. d. Königgrätzer Str. 7.30 Uhr: **Schweiger**

Komödienhaus 8 Uhr: **Mein Vetter Eduard**

Lessing-Th. Allabendlich 7½ Der Unbestechliche (Max Pallenberg)

Deut. Künstler-Th. Allabendl. 7½: Der Fürst v. Pappenheim (Max Adalbert)

Rose-Theater 3½: Dornröschen 7¾ U.: Ein Mann aus dem Volke

Casino-Theater 8 U. Die 8 U. **neuen Reichen**

SCALA 8 Uhr: Internat. **Varieté** Sonnt. 3½ z. halb. Preis. d. voll. Prog.

Theater im Admiralspalast Tägl. 7½ Uhr **Drunter und drüber**

Deutsch. Opernhaus 7½: **Rigoletto** Millionen Pessmore v. d. Grand Opera Comp. in Chicago a. G. Rob. Burg v. Staatstheat. Dresden a. G.

Große Volksoper im Theat. d. Westens 7½ Schneeflöckchen

Intimes Theater 8 Uhr: Abendbesuch Die k. u. k. Hose etc.

Lustspielhaus „Die Truppe" 7 Uhr zum 1. Male Vom Teufel geholt

Metropol-Theater 7½: **Casinogirls**

Neues Theat. a. Zoo 7½ Uhr: Die Lazusirau

Thalia-Theater 7½ U.: **Mimikry**

Theater i. d. Kommandantenstr. Täglich 7½ Uhr: **Charlie**

Wallner-Theater 8 Uhr: **Causa Kaiser**

Wintergarten **Varieté-Programm** Rauchen gestattet!

Apollo-Theater Direktion: James Klein 7½ Allabendlich 7½ Die große Revue **Europa spricht davon!** Ueber 150 Mitwirkende! 8 Ballette! U. a. Senta Söneland, Richard Senius, Hugo Flink usw. Vorverk. ab 10 Uhr ununtbr.

Reichshallen-Th. Tägl. 7½ U. u. Sonnt. 3 U. **Stettiner Sänger**

Th. a. Kottb. Tor Täglich 7½ Uhr u. Sonntag nachmittag 3 Uhr: **ELITE-Sänger** U. a. Der Hausschlüssel

Quittungs-Marken seit 40 Jahren Spezialität Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Marken-Zigaretten Schweizer Stumpen und Zigarren gibt billigst ab **Adolf Nagel** Hermannplatz 6

europ. **Barnum & Bailey** Berlin SW, Belle-Alliance- und Ecke Dreibundstraße. — Linie 99. Täglich 7½ Uhr das **Sensationsprogramm!** Vorverkauf wie bekannt

Ungeheuer gestiegen im Preise sind alle Lebensmittel u. Bedarfsartikel. Kleine Anzeigen im Vorwärts sind immer noch **billig!**

Die Premiere der Komischen Oper mit der größten Revue des Kontinents: „Die Welt ohne Schleier" findet erst am Dienstag, d. 9. Okt., statt. Vorverk. ab 10 Uhr ununterbrochen an der Theaterkasse

Rennen zu Grunewald Sonnabend, 6. Oktober nachm. 1 Uhr

Zur waggonweisen Belieferung Ia **Winter-Speisekartoffeln** nehmen noch Aufträge entgegen **Borchert & Meißner** Kartoffel-Großhandlung Berlin N 24, Elsasser Straße 21 Tel. Norden 6750 u. 6751. 107/10

Ortskrankenkasse für das Maurergewerbe zu Berlin

Für die Woche vom 8. bis 14. Oktober 1923 gelten folgende Lohnstufen, Grundlöhne und Beiträge: 8/71b

Lohnstufe	Tagesverdienst in vollen Millionen Mark	Grundlohn in vollen Millionen Mark	Tgl. Beitr. in vollen Taus. M.
1	bis einschließl. 30	25	1 750
2	„ „ 60	45	3 600
3	„ „ 90	75	6 000
4	„ „ 120	105	8 400
5	„ „ 150	135	10 800
6	„ „ 180	165	13 200
7	„ „ 210	195	15 600
8	„ „ 240	225	18 000
9	„ „ 270	255	20 400
10	über 270	300	24 000

Emil Thöns, Vorsitzender. **R. Frenzel**, Geschäftsführer.

Invalidenversicherung.

Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers ist die Beitragsleistung für die Invalidenversicherung vom 1. Oktober 1923 ab folgendermaßen festgesetzt:

Bei einem Verdienst monatlich in Millionen M.		Bei einem Verdienst wöchentlich in Millionen M.		Lohnklasse	Höhe der Beitragsmarken in Millionen M.
	bis 1,200		bis 280	39	1,4
von mehr als 1,200	„ 1,500	von mehr als 280	„ 350	40	3,7
„ „ „ 1,500	„ 2,000	„ „ „ 350	„ 466	41	7,4
„ „ „ 2,000	„ 3,000	„ „ „ 466	„ 700	42	10,8
„ „ „ 3,000	„ 4,000	„ „ „ 700	„ 933	43	14,8
„ „ „ 4,000	„ 5,000	„ „ „ 933	„ 1,166	44	19
„ „ „ 5,000	„ 7,000	„ „ „ 1,166	„ 1,633	45	25
„ „ „ 7,000	„ 10,000	„ „ „ 1,633	„ 2,333	46	35
„ „ „ 10,000	„ 15,000	„ „ „ 2,333	„ 3,500	47	52
„ „ „ 15,000	„ 20,000	„ „ „ 3,500	„ 4,666	48	74
„ „ „ 20,000	„ 25,000	„ „ „ 4,666	„ 5,833	49	94
mehr als	25,000	mehr als	5,833	50	116

Auch für Beitragszeiten vor dem 1. Oktober 1923 dürfen Beitragsmarken nur nach Maßgabe der vorstehenden Zusammenstellung verkauft werden. Die Beitragsmarken mit dem alten Aufdruck werden zum zehnfachen Betrag abgegeben.

Für weibliches häusliches Dienstpersonal sind bis zu einem Barlohn von 912 Millionen M. monatlich neben freier Station (Wert zurzeit 288 Millionen M. monatlich) Beitragsmarken der Lohnklasse 36 zu verwenden.

Merkblätter mit Markenberechnungstabelle können in einigen Tagen von der Landesversicherungsanstalt Berlin, SO 16, Am Köllnischen Park 3, gegen Portoerstattung bezogen werden (nur von Berliner Arbeitgebern).

Landesversicherungsanstalt Berlin

Berlin, im Oktober 1923. **Der Vorstand.**

Sofort Geld, Ratenrückzahlung, durch Pilgner, Große Frankfurterstraße 141.

Sektkorke, Weinkorke kauft Bromb, Linienstr. 201a.

Wohnungstausch in u. nach Berlin sowie von Berlin nach auswärts am schnellsten durch eine Anzeige im **Groß-Berliner Wohnungsanzeiger** als einzige Spezialzeitung für möblierte Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen. Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten" werden Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht. Verbund. mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger" ist der **Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe** Bei allen Zeitungshändlern und Kiosken zu haben. Verlag und Hauptanzeigenannahme: **Zeitungszentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft** Jerusalemer Str. 5/6 = Fernsprecher: Dönhoff 5310-5312

GARDEROBE auf Teilzahlung noch billig. Günstige Zahlungs-Bedingungen für **Herren:** Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Cutaways, gestreifte Hosen, Ersatz für Maß. **Damen:** Kleider, Mäntel, Kostüme, Röcke in großer Auswahl. Wöchentliche od. monatliche Teilzahlung **BEISER, Lothringer Straße 67**

Beschwerden

Das unzufriedene Berlin

Vorschläge

Die Gaspsychose.

Offener Brief an den Magistrat Berlin.

Der Gasskandal schreit zum Himmel! Eine neue Krankheit droht auszubrechen: die Gaspsychose. Veranlassung dazu gibt Ihre famose Einziehungsmethode des Gasverbrauchs. Es klingt wie Hohn auf den gesunden Menschenverstand, wenn Sie den jeweiligen Gaspreis der Woche an den Anschlagsäulen zwar verkünden lassen, aber von den Verbrauchern den höheren Gaspreis der nächsten Woche auch für den Vorverbrauch einziehen. Wehe dem, der nicht zahlt. Er muß dann zufolge derselben famosen Logik den inzwischen eingetretenen noch höheren Gaspreis bezahlen und letzten Endes wird ihm der Gasmesser abgenommen, wenn er inzwischen nicht zahm geworden ist — und zahlt.

Ich kann es mir nicht denken, daß diejenigen, die diese jetzt geltende Einziehungsmethode ausgeklügelt haben, nicht gleichfalls nach dem Ebenbild Gottes geschaffen sind, also nicht wissen, daß ihre Methode mit Recht nichts zu tun hat, und deshalb verliere ich keine Worte mit der Beweisführung. Ich rufe den maßgebenden Persönlichkeiten nur zu: Gebieten Sie Einhalt der sich rapid verbreitenden Gaspsychose, indem Sie zu folgender, jedem Sextaner sofort einleuchtender Einziehungsmethode greifen: Bei zweiwöchiger Ablesung des Gasmessers wird die verbrauchte Kubikmeteranzahl mit den seit der letzten Ablesung verflossenen Anzahl der Tage dividiert und das Ergebnis durch die Schlüsselzahl des jeweils gültig gewesenen Wochentarifes gesondert errechnet. Ihr Schaden bei dieser Methode ist nur ein scheinbarer, denn er besteht nur, wenn die Tage kürzer werden, er gleicht sich aber wieder vollständig aus, wenn die Tage länger werden. Ich gebe zu, daß das Rechnen nach Ihrer Methode bequemer ist und vor allem dem Stadtsäckel mehr Milliarden einbringt, aber es steht Ihnen ja frei, sich auf andere Weise schadlos zu halten, so z. B. durch Einführung einer ganz neuen Steuer. Die Anregung hierzu will ich Ihnen gerne geben: Führen Sie eine Steuer ein auf die Geduld der Berliner Gasverbraucher, — sie würde immense Summen einbringen. R—o.

•

Ueber die Preisgestaltung des Gases brauchte kein Wort verloren zu werden, da bei steigendem Dollarstand auch der Preis der zum größten Teil aus dem Auslande stammenden Gaskohle steigen muß. Wogegen sich die Verbraucher aber mit Recht wehren, ist die rücksichtslose und bureaukratische Art, mit der die Gaswerke versuchen, unter Mißbrauch ihrer Stellung als öffentliche Betriebe die Gelder für verbrauchtes Gas einzuziehen. Es ist öffentlich bekanntgegeben worden, daß die Gasmesser statt wie bisher in vier Wochen, alle 14 Tage abgelesen werden, um die Verbraucher vor dem Unglück der steigenden Zahl zu schützen. Vorausbezahlungen werden infolge der kameralistischen Buchführung einfach nicht angenommen. Dafür läßt die Gasbetriebsgesellschaft am ersten Tage der fünften Woche die von ihr zu kontrollierenden Zähler ablesen. Die Boten, auf die Bekanntmachungen bezüglich 14tägiger Ablesung hingewiesen, erklären, daß sie „gehört hätten, daß in Zukunft" öfter abgelesen werden solle. Einem Abnehmer, der sich am letzten Tage der vierten Woche zum Bureau der „Gasbetriebsgesellschaft", Gitschiner Straße, begibt und dort auf Grund des neuen, durch Selbstablesung ermittelten Zählerstandes den Preis für verbrauchtes Gas bezahlen will, wird erklärt, die Rederei vom 14tägigen Ablesen sei Unsinn, man denke gar nicht daran; außerdem sei es nicht angängig, daß jeder seinen Zähler allein ablese. Mit Verlaub, hohe Gasbetriebsgesellschaft, muß man, um das zu können, erst noch Prüfungen ablegen? Allwöchentlich durch Postscheck unter Mitteilung des jeweiligen Zählerstandes überwiesene Gelder in Höhe der öffentlichen Bekanntmachungen für verbrauchtes Gas, also nicht Vorausbezahlungen, nimmt man gnädigst als Akontozahlungen an und will sie nach vier Wochen in Höhe des ehemaligen Nennwertes verrechnen. Es sei offen ausgesprochen, das Publikum sieht diese Praktiken eines öffentlichen Zwecken dienenden Unternehmens als glatten Wucher an, der sich in der brutalsten Weise austobt. Dem Publikum ist zu raten, den Richter anzurufen; es macht sich bezahlt. T.

Die fliegenden Pfändungsbefehle.

Anfang Juni d. J. erhielt ich eine schriftliche Aufforderung des Finanzamtes „Wedding", Friedrichstr. 107, nachzuweisen, daß ich meine Steuermarken für 1922 abgerechnet habe. Ich nahm meine Quittung über die Steuermarken, die ich schon Anfang Januar in demselben Finanzamt und im selben Gebäude verrechnet hatte, und fuhr mit der Straßenbahn in nicht allzu rosiger Stimmung nach der Friedrichstraße. Dort legte ich dem Beamten meine Ladung mitsamt der Quittung vor. Sehr höflich und korrekt sagte man mir, die Sache sei nun erledigt. Auf meine Frage, wer mir die entstandenen Kosten (Fahrgeld und zwei Stunden Arbeitsverdienstverlust) bezahlt, und weshalb ich den Nachweis der Abrechnung führen mußte, wurde mir gesagt, daß meine Abrechnung wohl im Zimmer 186 geschehen sei, es sind zwei Beamte entlassen worden und die Eintragebücher verschwunden, nun müsse nochmals nachgeforscht werden. Ueber die Kostenerstattung zuckte man bedauernd die Schultern. Da es mir nicht allein so ergangen ist, kann man sich mein Staunen über diese Wirtschaft in dem Finanzamt denken. Nun passierte mir aber am Dienstag, den 18. September 1923, folgendes: An diesem Tage ging ich frühmorgens 6¾ Uhr durch die Ruheplatzstraße, um zum Bahnhof Wedding zu gelangen. Da sehe ich, daß aus den Fenstern der Steuerkasse 3 B, Ruheplatzstr. 4, eine ganze Anzahl von Papierzetteln in der Luft herumfliegen. Drei derselben konnte ich erwischen und sie entpuppten sich als Pfändungsprotokolle. (Dieselben liegen bei.) Aus diesen Protokollen war zu ersehen, daß der Vollziehungsbeamte zu einer alten Frau von 71 Jahren gesandt war, um 199 Mk. für Wohnungsabgabe zu pfänden. Die Pfändung konnte nicht vorgenommen werden, da die alte Frau krank zu Bett lag und kein Einkommen hatte. Im nächsten Protokoll sollte der Vollziehungsbeamte bei einer Terrain-Akt.-Ges. auf deren Grundstück die Gesamtsumme von 312 Mk. pfänden. Der Beamte mußte feststellen, daß auf dem Grundstück niemand wohnt, da es unbebaut ist. Im letzten Protokoll sollten 449 Mk. gepfändet werden; der Beamte mußte hier feststellen, daß der Betreffende von der Wohnungsabgabe befreit ist. Diese Vorkommnisse beweisen wohl, daß in dem Finanzamt „Wedding" und der dazu gehörenden Steuerkasse 3 B, Ruheplatzstraße 4, ganz sonderbare Zustände herrschen müssen. In der Friedrichstraße verschwinden ganze Bücher von Steuereintragungen der Steuerpflichtigen und in der Ruheplatzstraße fliegen Pfändungsbefehle auf der Straße herum. Die Gesamtpfändungssumme beträgt 1020 Mk. Für diese Summe müssen mindestens 6 Beamte auf die Beine gebracht werden, um festzustellen, daß eine alte Frau nicht zahlen kann, das Grundstück unbebaut ist und der Letzte von der Pfändung befreit ist, dann läßt man die Pfändungsbefehle lustig im Winde flattern.

Sagte nicht letzthin ein Minister, es müsse sehr produktive Arbeit geleistet werden und der Achtstundentag nicht zureiche, um Deutschland wieder hochzubringen? Mir scheint, als ob Vater Staat erst mal bei sich selbst diese Schlamperei beseitigen sollte. O. B.

Alles muß erschwert werden!

In Wilmersdorf, aber wahrscheinlich doch in ganz Berlin, war bis vor kurzem bei den An- und Abmeldescheinen für Hausangestellte gleich ein Abschnitt für die Krankenkasse dran, den die Polizei behielt und weiterbeförderte. Jetzt hat das aufgehört, man muß mit einer besonderen An- und Abmeldung zur Krankenkasse gehen und zu dem Anstellen auf der Polizei kommt nun auch noch das Anstellen auf der Krankenkasse. Offenbar finden die hochwohlweisen Behörden und Anstalten, die diese „Reform" ausgeheckt haben, daß die Hausfrauen und Hausangestellten jetzt noch zu wenig Zeit beim Anstellen nach Lebensmitteln verlieren. B.

So steigen die Kohlenpreise.

„Mutter, komm mit nach Kohlen! Wir können uns einen Zentner leisten!" Mit einem kleinen Wagen, einem Sack und 7 Millionen Papiermark gehts zum Kohlenplatz Reinickendorf, Granatenstraße, wo wir eingetragen sind. Nach halbstündigem Schlangestehen ist der Platz vor dem Schalter erobert. Es klingelt das Telephon und die freundliche Kassiererin verkündet: „Der Platz wird geschlossen, die anwesenden Kunden werden abgefertigt und der Zentner Kohlen kostet dann 47,620 Millionen." Also 40 Millionen Mark mehr. Die schönen hohen Kohlenberge sind nun für uns Armen nicht mehr vorhanden. Der Preis ist unerschwinglich geworden. Die draußenstehenden Männer und Frauen murren nicht mehr, sie ballen die Fäuste. Fällt dieses Geschäftsgebaren der Berliner Brennstoffgesellschaft unter den Begriff Wucher oder nicht? F. Sch.

Löcknitztal-Rüdersdorf.

Mit den Zügen nach Fürstenwalde fahren wir mit der Stadtbahn über Erkner (hier umsteigen) nach Fangschleuse. Eine kurze Wanderung vom Bahnhof gen Nord bringt uns zum Löcknitztal bei der Großen Wallbrücke. Wir überschreiten das Fließ nicht, sondern bleiben auf seinem Süduser und wenden uns nach Ost.

Die Löcknitz ist eins unserer schönsten märkischen Waldfließe; ihr stimmungsvoller Zauber, ihre malerischen Landschaftsbilder regten einen Meister wie Leistikow zum Schaffen seiner märkischen Gemälde an. Die Quellen der Löcknitz liegen in dem Roten Luch westlich von Müncheberg und in sumpfigen Niederungen östlich und westlich des Luchs. Das Rote Luch ist eine langgestreckte Bruchfläche, die sich in nordost-südwestlicher Richtung hinzieht und die Grenze zwischen dem Barnim und dem Land Lebus bildet. Von dem höchsten Punkt dieses Luches fließen die Wasser durch die Löcknitz gen Süd zur Spree und durch die Stobberow gen Nord zur Oder. Die Grenzscheide zwischen den Stromgebieten der Elbe und Oder geht somit durch das Rote Luch. Die Löcknitz ist schon in ihrer Jugend ein ziemlich wasserreicher Bach. Einer ihrer Quellsüßchen treibt bereits 1500 Meter von seinem Ursprung entfernt eine Wassermühle; auch sonst liegen noch verschiedene Mühlen an ihrem Lauf, die sie in Bewegung setzt. Mehrere Seen und Teiche durchfließt die Löcknitz, und mit einer weiteren Seenkette steht sie in Verbindung. Die Richtung dieser Wasserrinnen ist die gleiche wie die des Roten Luchs; sie gehören zu den Rinnen, die von den Schmelzwassern des Eises der Eiszeit ausgewaschen und zum Abfluß in das große Berliner Urstromtal benutzt wurden.

Der Weg führt immer am Rande der Löcknitzniederung hin, die von prächtigem Kiefernhochwald eingefaßt ist. Am Forsthaus Schmalenberg vorüber kommen wir nach Klein-Wall, einer Siedlung von einigen Gehöften und einer Wassermühle, deren Betrieb jedoch ruht. Wir überschreiten hier die Löcknitz und wandern durch schönen Kiefernwald in nordwestlicher Richtung nach Alt-Buchhorst. Der Ort, ein beliebtes Ausflugsziel, zu dem auch Motorboote von Erkner aus fahren, liegt zwischen dem Möllensee und dem Petzsee; Wir haben hier die Seenrinne erreicht, die sich westlich der Löcknitz erstreckt. In saß nördlicher Richtung führt die Straße durch den Kiefernwald weiter am Forsthaus Rüdersdorf vorüber zum alten Dorf Rüdersdorf. Durch den Ortsteil Rüdersdorfer Grund und auf der neuen sich über den Kalkgraben spannenden Brücke kommen wir nach Kalkberge-Rüdersdorf. Mit einem Spaziergang durch die aufgelassenen Kalkbrüche und zu dem „Gebirgssee" beschließen wir die Wanderung. Rückfahrt vom Bahnhof Rüdersdorf über Fredersdorf. (Weglänge etwa 18 Kilometer.)

Wöchentliche Ablesung der Werktarife.

Die städtische Werksdeputation hat in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, die Direktion der städtischen Werke mit der Durchführung der wöchentlichen Einkassierung zu beauftragen. Diese Reform wird zweifellos vom Publikum außerordentlich begrüßt werden, weil bei der Höhe der Tarife nur eine wöchentliche Bezahlung für die Bevölkerung überhaupt erträglich ist. Man kann damit rechnen, daß mit der wöchentlichen Einkassierung in etwa vierzehn Tagen, spätestens Ende dieses Monats, begonnen werden kann. Um der Bevölkerung entgegenzukommen, soll außerdem in beschränktem Umfang und unter Anwendung besonderer Vorsichtsmaßregeln beim Einkassieren durch die Ableser eine Vorauszahlung für etwa drei oder vier Tage der nächsten Woche zum laufenden Preise ermöglicht werden. Hoffentlich werden die Arbeiten für die Durchführung dieser Neuerung mit größter Beschleunigung in Angriff genommen. Außerordentlich bedauerlich ist es, daß die privaten Werke in Berlin noch nicht nach dem Beispiel der städtischen Werke zu kürzeren Ablesungsfristen übergehen. Sie erweisen sich dadurch in ihrem Geschäftsbetrieb als bedeutend schwerfälliger und unsozialer als die Werke der Stadt Berlin. Es muß nachdrücklichst gefordert werden, daß auch die privaten Werke endlich den Bedürfnissen des Publikums gerecht werden.

Das Verbrechen der Elise Geitler.

10] Novelle von Hermann Kesser.

Dieser Umstand und auch weil Behrens den Verwandten und den Zuschauern seiner Jugend als verlogen und anmaßend galt, hatte ihn um sein Ansehen gebracht, und da solche Erinnerungen lange vorhalten, so reinigte es ihn nicht von der beharrlichen Mißachtung der Vettern, daß sein Name, künstlich verkürzt, seit einiger Zeit — meist nur an der untersten Stelle, wo die auftretenden Diener, Gewappneten und Boten genannt waren — auf dem Theaterzettel auftauchte. Gerade um ihretwillen aber gönnte es sich der Schauspieler, daß ihn heute ein Theaterportier mit einer großen Ueberraschung aus dem Bett geworfen hatte: er solle an Stelle eines Kollegen, der mit einem Schnupfen zu Hause saß, dessen große Liebhaberrolle in dem neuen Drama eines unbekannten Dichters übernehmen, das für den Abend des folgenden Tages angesagt war und um der Ordnung im Spielplan willen nicht mehr abgesetzt werden konnte.

Wie ein Sturmwind mit schwellenden Fanfarenstößen hatte ihn die Nachricht umbraust, eine Verheißung von prasselndem Händeklatschen und mannshohen Lorbeerkränzen, für die er sich stolz und mit einem gütigen und doch strengen Künstlerernst verneigen würde, ein Versprechen auf begeisterungstrunkene Loblieder der städtischen Zeitungen, die er wie die Selbstverständlichkeiten der tributpflichtigen Bewunderung hinnähme, und eine Ankündigung von Titeln und hohen Gehältern, die es ihm erlauben könnten, freche Gerichtsvollzieher, Schneider, Schuster und Gastwirte mit einem Fußtritt zur Türe hinauszuwerfen.

Mehr als das. Die große Rolle war vielleicht das Sprungbrett, um mit einem Satz der Beengtheit der Stadt und den lästigen Schnüren der Geldnot und Schuldenbedrängnis zu entkommen, und das ohne die Last und Langweile des geduldigen Wartens und Zusehens, bei dem er erfrieren und steif werden konnte vor lauter Rücksicht und Kriecherei.

Ein Zweispänner mit gelben Rädern und einem Lakai und einem Kutscher mit gelben Aufschlägen auf dem Kutschbock fuhr in diesem Augenblick wie eine Bestätigung solcher Träume über die sonnenhelle Straße. Der Schauspieler erkannte den Wagen, es war das Gefährt des vornehmsten Gasthofes der Stadt, in dem nur Fürsten und Millionäre abstiegen. In dem Wagen aber ersah er einen dicken Mann in einem glänzenden Zylinder, der seine feisten Hände im roten Handschuh an beiden Seiten auf dem Wagenschlag ruhen hatte, einen Mann mit einem fetten und vollen Gesicht ohne Bart, einem verfalteten Mund und einem graugrünen Kinn, wie es nur alte Komödianten haben.

Wie ein Napoleon blickte dieser Mann aus der Mächtigkeit seines Umfanges über die Straße und über die Menschen weg und es hing etwas an ihm wie an der Miene eines Fremden, der sich in kleinen Städten als großer Gast fühlt, als er, in die Wagenpolster gegossen, seine Augen nach links und rechts drehte, immer bereit, den Pomp seiner Persönlichkeit je nach Bedürfnis zu steigern oder zu mildern. Als Theo Behrens, der blitzhaften Eingebung einer kühnen Minute gehorchend, dem Kutscher mit aufgehobener Hand Halt gebot und dieser, von der vollendeten Sicherheit des jungen Menschen bezwungen, gehorsam die Zügel zurückriß, so daß es den Pferden wie ein Ruck ins Gebiß ging; als diese Ueberrumpelung durch den Schauspieler, einem Angriff gleich, in die Spazierfahrt des amerikanischen Theaterimpresario fiel, da zerfloß die Stattlichkeit dieses Mannes in eine ärgerliche Bewegung, und in der Ruhe seiner Gesichtswürde blähte sich eine Bereitschaft zu kurzen und groben Worten auf. Doch wie bei der Aussicht auf einen Vorteil die durch lange Uebung und Verbrühtheit erworbene Geschäftsmaske der Entrüstung plötzlich schwammweich wird und schmilzt, so legte sich auch der Zorn des amerikanischen Impresario, als Behrens im schützenden Mantel einer unterwürfigen Aufregung und Dringlichkeit an den Schlag getreten war und dem gewaltigen Vermittler, der ihn noch vor kurzem nach unsäglichen Bemühungen um eine Unterredung sehr ellig und hoffnungslos abgefertigt hatte, Meldung von seiner großen Rolle machte.

„Da werde ich kommen, junger Freund, und wenn es gut geht, schwimmen Sie doch noch mit mir übers Wasser!", sprach er, tippte leicht nach dem Hutrand und rollte in seinem Wagen die Straße hinab.

Der Schauspieler aber erstand an einer Straßenecke die neueste Ausgabe der größten städtischen Zeitung und steckte das Blatt, nachdem er dort in der Theaterrubrik seinen Namen in gesperrter Schrift gesehen hatte, zufrieden ein. Dann wandte er, nicht ohne zu handeln, ein Markstück an den Kauf von drei roten Treibhausnelken, ließ sich eine davon am Knopfloch festnadeln und überreichte nach einer Weile im Gasthof „Zu den vier Mohren", indes Wogen von blinkender Hoffnung über ihm zusammenschlugen, die beiden anderen mit dem Zeitungsblatt der lächelnden Gertrud von Sohr, die mit dem Bruder seit einer Viertelstunde gewartet hatte und ihm in ihrer blonden Anmut an diesem Mittag wie die Göttin seiner Zukunft entgegenleuchtete.

Ob er darauf rechnen dürfe, die Geschwister morgen in einer Loge als seine Gäste und Zeugen der ersten großen Rolle zu sehen?

Die Frage kam ihm, noch ehe er fest auf dem Stuhl saß, und er mußte nun seinen Erguß über sich und die Rolle beenden und statt dessen ein lautes Bedauern aufpflanzen, als er von Ottos Abreise erfuhr und gar vernahm, daß der Bruder schon abends die Reise antreten werde, weil er sie dann in der Gesellschaft eines Kameraden zurücklegen könne. Denn so hatte es sich gefügt, nachdem er vor kaum einer Stunde einem Regimentsfreund begegnet war, der sich gleich ihm für die Fahrt rüsten mußte, aber ihm vorschlug, noch in der Nacht zu reisen und dafür andern Tags in einer freundlichen Stadt des Mittellandes zu halten.

„Du aber gehst allein ins Theater und ein Wagen bringt dich nach Hause!", entschied Otto mit einem Blick auf Gertrud, und sie sah den Schauspieler an und sagte es zu. Dem kroch, als er das Mädchen betrachtete, ein Gedanke an, vor dem er beinahe in ein Zittern geriet, ein Gedanke, der ihn mit Wonne und Furcht ergriff, der entschlüpfte, noch ehe er fest geballt war, und wieder hervorschlich, wenn sein Blick über Gertrud hinging, zwischenhinein und im geheimen, wie er dabei ertappt werden könnte.

Wieder, wie am Abend vorher, brannte Gertrud unter seinem Wortgefunkel heiß und glühend auf, aber nicht mehr zag und beklommen, sondern in einer freiwilligen Entzündung, dazu schon der Wille in ihr lebendig wurde und mitsprach, so daß jene Schale von kühlen Gebärden und ruhigen Augen, die einen begehrlichen Mann in Vorsicht und Maß hält, bald von ihr abfiel und sie es mit einer freundlichen Ruhe geschehen ließ, daß sich sein Angesicht an dem ihren festsah und daß er das zarte und runde Spiel ihrer Hände und Arme genoß, während sie in eifriger Gefälligkeit an dem kleinen Tischchen die Wirtin spielte.

Die Zeit verging schnell, der Bruder drängte zum Aufbruch. Wenn es das Rollenlesen und die nachmittäglichen Proben erlaubten, so wolle er sich um sieben Uhr abends am Bahnhof einfinden, flocht der Schauspieler ein und schüttelte Otto von Sohr mit der Bitte um einen Kartengruß aus dem Waffenfeld kräftig die Hand. Dann gingen sie nach verschiedenen Richtungen auseinander, unter einem leuchtenden Himmel, an dem keine Wolke stand, der Schauspieler nach seiner Behausung in einem dunklen Gassenwirtshaus der Altstadt, die Geschwister nach Berligenfeld, das sie mit einem Mietwagen erreichten.

(Fortsetzung folgt.)

Raubmordversuch mit Morphium.

Eine zweifelhafte Kaffeebekanntschaft.

Eine Bluttat, die im Dezember vorigen Jahres großes Aufsehen erregte, wird heute vor dem Schwurgericht II ihre gerichtliche Sühne finden. Unter der Anklage des versuchten Raubmordes und schweren Raubes haben sich der Artist Wilhelm Hörl und der Maler Artur Krüger zu verantworten. Die Angeklagten werden von den Rechtsanwälten Dr. Artur Brand und Walter Bahn verteidigt. Die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Herder.

Die Angeklagten machten in einem Kaffee am Potsdamer Platz die Bekanntschaft einer Frau Franziska Fiedler aus der Alvenslebener Straße. Hörl spielte den reichen Engländer, sprach gebrochen deutsch und zeigte seine wohlgefüllte Brieftasche. Während des Gesprächs erzählte Frau Fiedler, daß sie ihr ganzes Vermögen in Schmucksachen angelegt habe. Die Angeschuldigten lockten Frau Fiedler in ein anderes Kaffee, das ihnen für die Ausführung ihres mit schnellem Entschluß geplanten Raubes günstiger erschien. In einem unbewachten Augenblick schüttete Hörl Morphium in das Weinglas. Schon nach wenigen Minuten begann das Gift zu wirken, jedoch trat die von den Gaunern erwartete Betäubung nicht ein. Die Angeklagten wollten ihr Opfer nun in einem Auto nach Hause bringen. Plötzlich merkte Frau Fiedler, wie die Angeklagten sich an ihren Schmucksachen zu schaffen machten. Sie wollte aus dem Wagen springen und um Hilfe rufen. Jetzt lenkten die Verbrecher ein und verstanden es, die Frau dadurch zu beruhigen, daß Hörl seine Zudringlichkeit mit seiner „plötzlich erwachten Liebe" entschuldigte. Es gelang ihm, das Vertrauen des Opfers derart wiederzugewinnen, daß Frau F. zu ihm bald in engere Beziehungen trat. Eines Tages war Hörl sehr zärtlich und zog Frau Fiedler zu sich auf den Schoß. In demselben Augenblick schlug Krüger der Ahnungslosen mit einer Spiralfeder über den Kopf, während er ihr gleichzeitig den Mund zuhielt. Beide Männer warfen sich dann auf die Betrogene und suchten ihr einen Knebel in den Mund zu stoßen. Krüger schlug weiter auf die am Boden liegende Frau ein, wobei ihm Hörl zurief: „Fester zuschlagen, sie ist noch nicht tot!" Frau Fiedler wehrte sich mit allen Kräften und es gelang ihr, ihren Angreifer in den Finger zu beißen, so daß der Verbrecher sie einen Augenblick losließ. Das benutzte Frau Fiedler, um trotz ihrer schweren Verletzungen laut schreiend an das Fenster zu laufen, wo sie die Scheiben einschlug. Jetzt gaben die Räuber ihren Plan für verloren und wandten sich zur Flucht, es gelang aber, die Täter festzunehmen. Hörl hat die Tat gleich zugegeben, dagegen behauptete Krüger, nur auf Hörl eifersüchtig gewesen zu sein. In seiner Wut habe er auf ihn eingeschlagen und habe versehentlich Frau Fiedler getroffen. Auf Antrag der Verteidigung sind zu der Verhandlung mehrere Sachverständige, u. a. Medizinalrat Dr. Hoffmann und Oberarzt Dr. Salinger aus der Irrenanstalt Herzberge geladen worden, die über den Geisteszustand der Angeklagten gehört werden sollen.

Selbstmord des „Seemannes Kruse".

Wir berichteten über die Festnahme des „Seemannes" Kruse aus Mecklenburg, der von einem Polizeibeamten abends um 10 Uhr getroffen wurde, als er über einen Zaun der Harden'schen Villa im Grunewald sprang und sich auf der Wohnungstreppe niederließ. Man glaubte zunächst an einen Anschlag auf Harden, und es stellte sich heraus, daß Kruse ein Verehrer Hardens war und die Absicht hatte, ihn persönlich zu sprechen. Der Mann wurde jedoch, weil er schon im Jahre 1917 in einer Irrenanstalt untergebracht gewesen war, zunächst in Schutzhaft behalten. In der vergangenen Nacht nun hatte er sich an einem Taschentuch am Zellenfenster erhängt. Obwohl der Vorgang beobachtet und sofort ein Arzt hinzugerufen worden war, gelang es nicht, ihn wieder ins Leben zurückzurufen.

Ein Fünfzigjähriger.

Heute vollendet Genosse Max Grunwald, eines der bekanntesten und rührigsten Mitglieder unserer Berliner Parteiorganisation, sein fünfzigstes Lebensjahr. Seit einigen Jahren steht er zwar nicht mehr unmittelbar im Dienste der Partei, aber jahrzehntelang hat er ihr mit Eifer gedient. Schon als junger Jenaer Student schloß er sich der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung an und redigierte darauf während zweier Jahre das Erfurter Parteiblatt, die „Tribüne". Nachdem er sich 1902 in Berlin niedergelassen hatte, wurde er zum Sekretär der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ernannt — ein Amt, das er bis 1918 verwaltete. Zugleich war er — und ist es noch heute — als Lehrer an der Berliner Arbeiterbildungsschule tätig, unter deren wißbegierigen Schülern er sich manchen jungen, dankbaren Freund erworben hat. Daneben fungierte er auch von 1904 ab als Verwalter des sozialdemokratischen Parteiarchivs. In den letzten Jahren wurde Genosse Grunwald mehrfach von einem Herzleiden geplagt und in seiner Arbeitstätigkeit gehindert, doch vermag er seinen Geburtstag in wiederhergestellter Gesundheit zu feiern. Wir wünschen ihm noch viele Jahrzehnte frohen Wirkens.

Die täglichen Kohlenpreiserhöhungen.

Nach dem amtlichen Dollarstand vom 5. d. M. stellen sich, wie das Kohlenamt mitteilt, die Brikett- und Kohlenpreise ab 6. d. M. wie folgt: Küchen- und Ofenbrand, Briketts, ab Lager, 255 760 000 M., frei Keller 266 760 000 M., Gaskoks, ab Lager, 656 690 000 M., frei Keller 669 390 000 M., fuhrenweise Lieferung: Briketts, ab Lager, 255 760 000 M., frei Keller 265 060 000 M., Gaskoks, ab Lager, 656 690 000 M., frei Keller 667 690 000 M.

Auf der Flucht vor dem „Geliebten". Der 37 Jahre alte Dreher Rudolf Hinz versuchte nach einem Zerwürfnis mit seiner Braut, der 32 Jahre alten Schreiberin Mathilde Mund, in deren Wohnung im Hause Hauptstr. 88 in Lichtenberg einzudringen. Nachdem er bereits die Türfüllung eingeschlagen hatte und durch die gewonnene Oeffnung hindurchkriechen wollte, ließ sich die Mund aus Furcht vor Hinz an zwei eiligst zusammengeknüpften Bettüchern aus einem Fenster der im 2. Stockwerk belegenen Wohnung hinab. Da die Tücher aber nicht bis auf den Erdboden hinabreichten, mußte sie aus einer Höhe von drei Metern abspringen. Sie brach sofort zusammen und mußte mit schweren inneren Verletzungen sowie Brustquetschungen und Rippenbrüchen nach dem Hubertus-Krankenhause geschafft werden.

Ein Seitenstück zum Prozeß Wojak.

Schiebungen in der Mineralöl-Vertriebsgesellschaft.

Ein großer Schiebungsprozeß, ein Seitenstück zum Fall Wojak, beschäftigt seit mehreren Tagen die 2. Strafkammer des Landgerichts II. Wegen Preistreiberei, Betrug, Urkundenfälschung und Hehlerei haben sich zu verantworten die Kaufleute Schmidt, Kassubeck, Reeden, Scharrnberg, Eisermann und Hartert, die von Justizrat Dr. Meyerstein und den Rechtsanwälten Bahn, Gollnick und v. Wreese verteidigt wurden.

An unsere Freunde und Leser!

Die Entwertung der Mark bis zu einem Atom ihres ehemaligen Wertes geht weiter und damit die bis ins Endlose gehende Vergrößerung der Wertbezeichnung jedes Bedarfsartikels. Die Presse als geistige Nahrung des Volkes muß in absehbarer Zeit dieser Auswirkung der Spekulation und der Inflation erliegen. Der Druckpapierpreis beträgt nach dem gestrigen Dollarkurs das 200millionenfache des Friedenspreises. Der Druckpreis wird in der nächsten Woche annähernd das 140millionenfache des Friedenspreises betragen. Porto und Telephon sind am 1. d. M. verachtfacht worden und sollen in nächster Woche wieder eine mehrfache Erhöhung erfahren

Alle diese Preiserhöhungen in Verbindung mit der Steigerung aller Materialien und Löhne zur Herstellung und zum Vertrieb unserer Zeitung zwingt uns, für die Woche vom 7. bis 13. d. M. den Bezugspreis auf 42 Millionen Mark festzusetzen. Der Preis ist in den engsten Grenzen des Notwendigen gehalten. Wir bitten daher unsere Abonnenten, den Betrag bei erstmaliger Vorlegung der Quittung zu entrichten.

Berlin, den 5. Oktober 1923.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts".

Die der Anklage zugrunde liegenden Vorgänge gehen bis zum Jahre 1919 zurück. Der Kern der Anklage geht dahin, daß die Angeschuldigten sich zusammengetan haben, um auf Grund von unberechtigt erteilten Freigabescheinen Benzol in riesigen Mengen zu verschieben. Insbesondere soll Schmidt, welcher Empfangsherr in der Freigabeabteilung der MVG. (Mineral-Vertriebs-Gesellschaft) gewesen ist, mit den Gesuchen beliebiger Personen Freigabescheine erwirkt haben. Die Sache kam dadurch heraus, daß dem Mitglied des Betriebsrats Jacobsen, der zugleich Revisor ist, auffiel, daß soviel Freigabescheine erteilt wurden. Er meldete die Sache dem Direktor Wiegand und den vereinten Bemühungen beider gelang es, den Schiebungen auf die Spur zu kommen. Die Verhandlung gestaltete sich dadurch sehr schwierig, daß sowohl die Angeklagten, wie die Zeugen, an einer auffallenden Gedächtnisschwäche leiden und sich an die Vorgänge „nicht mehr erinnern" können. Großes Aufsehen erregte in der gestrigen Verhandlung die Vernehmung des früheren Leiters der Freigabeabteilung der MVG. Reuß. Als der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Marquardt, an den Zeugen zum Schluß seiner Vernehmung die Frage richtete, ob er bei Ausübung seines Amtes von irgendeiner Seite Vorteile angenommen hätte, verweigerte Reuß zur allgemeinen Ueberraschung seine Aussage. Staatsanwaltschaftsrat Müller beantragte daraufhin die Nichtvereidigung des Zeugen. Rechtsanwalt Bahn, dem sich Rechtsanwalt v. Wreese anschloß, erklärte, daß die Verteidigung ebenfalls ein Interesse an der Aufklärung der vorgekommenen Mißstände hätte und sich den Bedenken des Staatsanwalts nicht anschließen könnte. Es sei im Interesse des Zeugen Reuß selbst besser, wenn er nicht vereidigt würde. Gemäß diesem Antrage beschloß das Gericht, den Zeugen Reuß unvereidigt zu lassen. Die Verhandlung wird heute weitergeführt und wird voraussichtlich noch weitere Enthüllungen über die Wirksamkeit der früheren MVG., die oft bezeichnenderweise „Mineral-Verschiebungs-Gesellschaft" genannt wurde, bringen. — Die Urteilsverkündung ist auf Dienstag Mittag festgesetzt worden.

Die Eisenbahnschlüsselzahl beträgt ab kommendem Mittwoch im Personenverkehr 60, im Güterverkehr 72 Millionen. Bei dieser Erhöhung ist die Geldentwertung der letzten Tage noch nicht berücksichtigt.

Fridtjof Nansen ist auf seiner Reise durch Deutschland im Auto am 3. Oktober abends bei Bitterfeld bestohlen worden. Während einer Reparatur am Auto wurde ein großer Koffer mit Kleidern, Wäsche, Schuhen usw. entwendet. Im Gepäck befand sich auch eine flache goldene Taschenuhr Nr. 61349 (Fabrikat J. C. Tickery, London) mit zwei Glückssymbolen (Hufeisen mit Perlen und ein Würfel in Gold gefaßt mit kleinen Insekten, Kleeblatt usw.) und ein Streichholzbehälter. Die Uhr mit Kette und Anhänger sind Andenken. Für die Wiederbeschaffung wird von Nansens Hilfsaktion für Rußland, Berlin W. 10, Tiergartenstr. 4, eine hohe Belohnung gewährt. Vor Ankauf wird gewarnt.

Für die Feierstunde der schulentlassenen Jugend, die am Sonntag, 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, im „Filmeck", Skalitzer Str. 94, von der Sozialistischen Arbeiterjugend, Abt. Südost, veranstaltet wird, sind noch Eintrittskarten am Sonntag, ab ½10 Uhr, an der Kasse erhältlich. Die Besucher werden gebeten, pünktlich zu erscheinen, da um 10 Uhr die Türschließung stattfindet.

Invalidenversicherung. Am 1. Oktober treten die durch Verordnung des Reichsarbeitsministers geschaffenen neuen Beitragssätze in Kraft. Auf die Bekanntmachung der Landesversicherungsanstalt Berlin im Inseratenteil dieser Nummer, in der auch noch weitere Bestimmungen erwähnt werden, weisen wir unsere Leser besonders hin.

Kriegsopfer im Frieden. Bei einem Uebungsschießen in Pillau wurden Teile eines Geschützverschlusses abgesplittert. Von den umherfliegenden Eisenteilen wurden der Artillerieführer Oberst Borchert und ein Mann getötet, zwei Mann schwer und mehrere leicht verletzt. Einige Verletzte sind in das Lazarett nach Königsberg übergeführt worden.

Kampf zwischen Polizei und Zuchthäuslern in Amerika. Zwischen der Polizei und den aus dem Zuchthaus von Eddy Wille ausgebrochenen Sträflingen ist es zu einem Kampf gekommen, wobei zahlreiche Sträflinge getötet, zum Teil schwer verwundet wurden. Die Sträflinge haben sich in einem Gebäude verbarrikadiert, das von der Polizei bewacht wird. Die Polizei hat in der vergangenen Nacht tränenerregende Bomben in das Innere des Gebäudes werfen lassen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Bezirksvorstand.

Heute abend 6 Uhr Sitzung im Jugendheim, Lindenstr. 3.

Abt. Wedding. Heute, Sonnabend, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, in der Aula der 14. Realschule, Lütticher Str. 38: Begrüßungsfeier für die Schulentlassenen. Gesang, Ansprache, Rezitationen, Lieder zur Laute, Mandolinenvorträge, Reigentänze.

13. Kreis Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade. Sonntag, den 7. Oktober, vormittags 10 Uhr, Matinee im Festsaal des Lyzeums, Mariendorf, Ringstraße. Mitwirkende: Genosse Richard Seidel, Vortrag: „Sozialistische Kulturarbeit"; Herr Dr. Gornandt, Gesang; Fr. Gornandt-Ohnesorg, Gesang und Klavier.

Heute, Sonnabend, den 6. Oktober:

21. Abt. 6 Uhr wichtige Vorstandssitzung bei Gurski, Oudenarderstr. 26.
26. Abt. Sämtliche Bezirksführer müssen sich zu einer wichtigen Besprechung um 6 Uhr beim Genossen Walter, Meyer Str. 37, einfinden.

Morgen, Sonntag, den 7. Oktober:

108. Abt. Köpenick. Abends 7 Uhr Bunter Abend der Arbeiterjugend in der Dorotheen-Schule. Die Genossen werden ersucht, ihre schulentlassenen Kinder mitzubringen. Karten am Saaleingang.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Sonnabend, den 6. Oktober:

Sitzungen: Engerer Bezirksvorstand 5 Uhr, Bezirksvorstand 5½ Uhr, Bezirksausschuß 6 Uhr im Jugendheim, Lindenstr. 3 (Diskutierzimmer). Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Achtung, Abteilungsvorsitzende! 7 Uhr Vorstandssitzung, Lindenstraße 3. Tagesordnung: 1. Arbeiterjugend und Gewerkschaft. Referent Max Westphal. 2. Bericht des Bezirksvorstandes und Bezirksausschusses. 3. Verschiedenes.

Die Nachzahlung für die Theatervorstellung am 21. Oktober von 5 Millionen muß unbedingt auf der Konferenz vorgenommen werden.

Treptow. Vortrag: „Aus dem Leben Bernard Shaws". — **Wedding.** Aula des Zeppelin-Realgymnasiums, Lütticher Straße, Elternabend. — **Weißensee.** Lokal „Alpenrose", Berliner Allee, Ecke Lindenallee, Schulentlassungsfeier mit besonderem Programm. **Wilmersdorf.** Bunter Abend.

Morgen, Sonntag, den 7. Oktober:

Köpenick. Abends 7½ Uhr, in der Aula der Dorotheen-Schule, Freiheit, Bunter Abend mit besonderem Programm. Alle Schulentlassenen, Eltern und Parteigenossen sind eingeladen.

Der Jugendleiterkursus beginnt nicht am 6. Oktober, sondern erst am Sonnabend, den 20. Oktober. Alle zugelassenen Bewerber erhalten noch näheren Bescheid.

Arbeitersport.

Arbeitersport- und Kulturkartell, 6. Bezirk. Montag, den 8. Oktober, 8 Uhr, findet bei Zier, Luisenufer, Ecke Prinzessinnenstraße, die Kartellsitzung statt. Sämtliche Organisationen sind verpflichtet, Vertreter zu entsenden. Tagesordnung: Bericht von der Generalversammlung; Unsere Winterarbeit; Jugendkartell und Verschiedenes. — Die Vertreter der Freien Turnerschaft werden hiermit besonders eingeladen.

MSV., Hockey. Serienspiele am Sonntag, den 7. Oktober. **Gruppe Ost:** Fichte 12 I—Lichtenberg 1 I, Schönhauser Allee, 1—2½ Uhr, Dombach-Dunkel; Ost I—Charlottenburg I, Schönhauser Allee, 10½—12 Uhr, Lenz-Hebenbrock. — **Gruppe West:** Moabit I—Schönholz I, Hippodrom, 9½—11 Uhr, Jonat-Thomas; ASC. I—Lichtenberg 2 I, Stralau, 2½—4 Uhr, Engler-Bethge. — **Gruppe Nord:** Staaken I—Schönholz II, Staaken, 10½—12 Uhr, Bergemann-Mieregg; Charlottenburg II—Lichtenberg 1 I, Westend, 2—3½ Uhr, Wiesner-Compagini. — **Gruppe Süd:** Fichte 1 II—Ost II, Schönhauser Allee, 9—10½ Uhr, Zieihen-Otto; ASC. II—Fichte 12 II, Stralau, 1—2½ Uhr, Klahn-Kroll. — **Gesellschaftsspiel:** Wilmersdorf I—Fichte-West I, Wilmersdorf, 9—10½ Uhr, Scholz-Benitz (Charlottenburg II).

Der Propaganda-Straßenlauf durch den Norden Berlins am Sonntag beginnt nicht am Exerzierplatz in der Schönhauser Allee, sondern Schönhauser Allee 118, wo sich Start und Ziel befindet. Bereits im Vorjahre hatte dieser leichtathletische Wettkampf das lebhafteste Interesse bei der Bevölkerung des Nordens gefunden. In diesem Jahre sind die Meldungen noch weit zahlreicher und auch die Qualität des Läufermaterials hat sich wesentlich gehoben. Punkt 3 Uhr werden die Läufe ihren Anfang nehmen. Gemeldet sind 25 Mannschaften und 30 Einzelläufer, was einer Teilnahme von etwa 300 Läufern entspricht.

Altersriegenturner heraus! Am heutigen Sonnabend, abends 8 Uhr, sind die Altersriegenturner Groß-Berlins wieder zu einem Propagandaturnen versammelt, und zwar in der Turnhalle des Jahn-Gymnasiums in Lichtenberg, Marktstr. 2—3 (Bhf. Rummelsburg). Die heutige Veranstaltung soll gegenüber der vorigen, die bereits einen guten Besuch aufzuweisen hatte, einen weiteren Fortschritt bringen, weshalb die Teilnahme aller Vereine notwendig ist. Die ältere Arbeiterschaft Lichtenbergs ist zum Besuch dieses Turnabends der Alten besonders eingeladen.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Berlin. Touren für Sonntag, den 7. Oktober. **1. Abt.:** Neue Mühle, 8 Uhr; Eichwalde, 12 Uhr. Starts Bülowstraße 56. **2. Abt.:** Hohen Gelm, 5 Uhr; Marienfelde, 1 Uhr. Starts Dieffenbachstr. 36. **3. Abt.:** Tiefensee—Gamengrund. Start 7 Uhr Lausitzer Platz. **4. Abt.:** Kaulsdorf-Süd (Jägerheim). Start 12½ Uhr Weberwiese. **5. Abt.:** Buch. Start 1 Uhr Landsberger Platz. **6. Abt.:** Schildow. Starts 7 und 12 Uhr Kopenhagener Str. 36. **10. Abt.:** Stienitzsee, 7 Uhr; Mahlsdorf (Rathausbären), Start 1 Uhr Comeniusplatz. **11. Abt.** Liepnitzsee. Start 7 Uhr Utrechter Str. 9. **Ortsgr. Neukölln:** Wustermark. Start 12 Uhr Herzbergplatz. **Ortsgr. Weiß:** Stafettenfahrt der Ortsgruppe. Start 1 Uhr Chausseestr. 65. **Ortsgr. Schöneberg:** Brandenburg a. d. Havel. Start 5½ Uhr früh. — **Achtung, Fahrwarte!** Freitag, den 12. Oktober, Zentralsitzung, Weinmeister-Schule. Erscheinen der Fahrwarte ist Pflicht.

Wetter bis Sonntag mittag. Mild, bei mäßigen westlichen Winden, zunächst überall trocken, aber bewölkt, abends an der Küste etwas Regen.

Grundpreis: Jedes Wort 60 M. Das fettgedruckte Wort 120 M. (zuläss. 2 fette Worte). Stellengesuche das 1. Wort (fett) 60 M., jedes weitere 30 M. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für zwei. Alle Grundpreise mal Schlüsselzahl zurzeit 100000.

Kleine Anzeigen

Anzeigen für die nächste Nummer müssen **bis 4½ Uhr nachm.** in der Haupt-Expedition des Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Verkäufe

Nähmaschinen, Gelegenheitskäufe wenig gebrauchter Maschinen mit Garantie nur bei Fischer, Potsdamerstraße 103. Nollendorf 8682. Eigene Reparaturwerkstatt.

Seifen verkaufen günstig engros und detail. Dr. Merson u. Langen, Karlstraße 18a.

Dezimalwagen, Tafelwagen, Gewichte preiswert. Auswahl. Wagner, Köpenickerstraße nur 71. Hof.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Friedrichstraße 2 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Ulster, Paletots, Sportpelze, Gehpelze, Kabenjacken, Seelmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Pelzhaus Warschauerstraße 7. Gelegenheitskäufe. Riesenauswahl. Spottpreise.

Auf Teilzahlung moderne Herrenanzüge, Lodenmäntel, Gehpelze, Maßwerarbeitung, beste Zutaten. Bequeme, diskrete Teilzahlung. Weiser Gottlieb, Nollendorfstraße 22a. Hochbahnhof Nollendorfplatz. 9—12, 3—7.

Pelzwaren-Gelegenheiten: alle Arten Füchse und Pelzmäntel. Pelzhaus Spiher, Kommandantenstraße 27, Laden.

Elegante Pelzjacken, Pelzmäntel, moderne Sportpelze, Gehpelze, Silberwölfe, Schals verkauft spottbillig Goldmann, Kottbuser Tor, Eingang Dresdenerstraße 136.

Teilzahlung für Herrengarderobe, Damengarderobe, Wolljacken, Regenmäntel, Berliner Kredithaus, Oranienstraße 158.

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Ruß, Gormannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Sealmäntel, Skunkskaninmäntel, Pelzjacken, Biberett, Füchse aller Art billigst. Pelzwarenfabrik Krakauer, Neue Königstraße 55/56, Alexanderplatz.

Möbel

Metallbetten, Chaiselongues 850 000 000 an. Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderdrahtbett. Meiße, Auguststr. 32a, Quergebäude.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Kaufgesuche

Fahrradankauf, höchsten Tageskurs. Wunsch persönliche Abholung. Dresdenerstraße 130. Moritzplatz 3730.

Spulendrähte, isolierte, blanke; Kupferkabel, Motoren, Fassungen kauft Hinz, Elsasserstraße 17. Norden 4638.

Säckeankauf Gollnowstr. 9.

Säckeeinkauf, Nähgarn. Swinemünderstraße 7. Humboldt 489.

30 Milliarden zahlt Pianos Voigt, Telephon Neukölln 4382.

Pianos kauft Karfiol, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 128 45.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2, Nollendorf 5397.

Fahrradankauf, Freilaufräder, höchstzahlend. Brückner, Gitschinerstraße 73.

Fahrräder kauft Linienstraße 13.

Feldstecher 66, Prismengläser, Photoapparate, Jagdgewehre zahlt 20 Proz. mehr wie Konkurrenz. Müller, Jahnstraße 1. Anzutreffen 3—7. Mpl. 4723.

Mauserpistolen, große, mit Holzansteckfutteral, Jagdwaffen aller Art, Prismenfeldstecher, feldgraue 68 usw. bezahlt stets höher wie jede Konkurrenz. Preußner, Neukölln. Kaiser-Friedrich-Straße 244.

Pistolen, Feldstecher, Fotos höchstzahlend. Rose, Gollnowstr. 16.

Piano aus Privathand kauft Hänel, Alexanderstraße 14c, Königstadt 2235. Gewbl.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6.

Werkzeuge u. Maschinen

Kugellager, Boschzündkerzen, Magnete, Vergaser kauft Mechanische Werkstatt, Gartenplatz 5.

Kugellager, Autozubehör kauft Golubew, Schönhauser Allee 127.

Kugellager kauft höchstzahlend Elbingerstraße 9.

Verschiedenes

Akademikerwitwe, Dreißigerin, Sozialistin, der es in kleiner Stadt, nahe Halle, an passender Herrenbekanntschaft fehlt, sucht geistig hochstehenden Freund. Zuschriften unter E. 24 an die Hauptexpedition des „Vorwärts" erbeten.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

„Vorwärts"-Austrägerinnen

werden sofort eingestellt

Berlin, Bastianstr. 7; Gillmann, Carmen-Sylva-Str. 57; Immanuelkirchstraße 24; Lausitzer Platz 14/15; Petersburger Platz 4; Wattstr. 9; Wilhelmshavener Str. 48.
Adlershof, Walter, Genossenschaftsstr. 6, parterre.
Baumschulenweg, Köpke, Kiefholzstr. 180.
Charlottenburg, Sesenheimer Str. 1.
Lichtenberg, Wartenbergstr. 1; Boxhagener Str. 62.
Lichtenberg-Friedrichsfelde, Frankfurter Allee 185, Laden.
Mariendorf, Lein, Chausseestr. 29.
Neukölln, Neckarstr. 2; Siegfriedstr. 28/29.
Schöneberg, Belziger Str. 27.